

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 9. Oktober 1930
12. Jahrgang, Nummer 236

ersch. wöchentlich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 RM. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 RM., unter Streifenband 3 RM. Anzeigenpreis: Die zeichnerische Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Beizeilen und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Reklametexte: Die zeichnerische Millimeterzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Hauptabteilung um 3 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schoenländer** (März 1920 ermordet)

Hauptabteilung: Breslau 10, Kreuziger Straße 30. Tel. 560 00
Postfach 10110: Breslau 544, Reibaktion: Breslau, Kreuziger Straße 50. Tel. 239 02. Erscheinung der Reibaktion von 12-12, Montag bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialabteilungen: Glindeburg, Kronprinzstraße 200, 1. Eingang Wasserstr., Tel. 3870; Oppeln, Kubastraße 11, Tel. 1366; Grottkow, Quast 6, Tel. 3364. Geschäftszeit 9-19 Uhr. Verlagsort: Hauptverlagsort Breslau, Verlags: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. S., Breslau. — Druck: „Bauhaus“, Filiale Breslau, Kreuziger Straße 50.

Feiger Faschistenmord in Hindenburg

Stahlhelmmann ersticht kommunistischen Arbeiter

Hindenburg. Am Dienstag, dem 7. Oktober, gegen 12,30 Uhr, drang der 35 Jahre alte Telephonist und Stahlhelmmann Franz Kwoitel, beschäftigt auf der Ludwigsglückgrube, in die Wohnung des 26jährigen Genossen Johann Raffczyk ein und brachte ihm in Anwesenheit seiner Mutter mit einem großen Küchenmesser eine schwere Stichverletzung oberhalb der Herzgegend bei. Raffczyk stürzte hilflos auf die Straße, wo er infolge des großen Winterluftes zusammenbrach und kurz darauf verstarb. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses gebracht. Kwoitel ist in seiner Wohnung festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert worden.

Ein Schrei der Empörung geht durch die Arbeiterstadt Hindenburg. So darf es nicht weitergehen! Die Mordabteilungen Hitlers müssen endlich ausgedürrt werden. Dieser offene faschistische Arbeitermord muß der letzte Alarmruf zur Organisierung des wehrhaften Massenkampfes gegen den Mordfaschismus sein. Jedem Klassenbewußten Arbeiter muß das harte Anwachsen der Nazistimmen gezeigt haben, wie bringlich die Schaffung der großen antifaschistischen Einheitsfront ist. Wir weisen hierbei auch auf den Nazilübersoll in der Unterbezirkskonferenz der KPD. in Schmieberg hin, über den wir im lokalen Teil berichteten.

Diesem feigen Mördergesindel muß man wehrhaft gegenüberreten. Alle antifaschistischen Kräfte müssen zu einer politischen Front der Abwehr und des Gegenangriffs zusammengeschweift werden. Man muß den Faschismus im Keime ersticken und austreiben. Die Kraft, die alle diese Aufgaben erfüllen wird, ist der Kampfband gegen den Faschismus. Der Kampfband gegen den Faschismus ist keine kommunistische Parteiorganisation, sondern eine Organisation der breitesten, kämpfenden Einheitsfront des Proletariats. Den sozialdemokratischen Arbeitern rufen wir zu: Kommt zu uns! Reicht euch ein! Kämpft mit uns gemeinsam gegen den Faschismus!

Faschist Treviranus „enthüllt“ Reichstag soll bis März verlagert werden

Der Marine-Faschist Minister Treviranus hat einem Vertreter der englischen Zeitung „United Press“ eine Unterredung gewährt, in welcher er die nächsten Pläne der Regierung „enthüllt“. Danach beabsichtigt Brüning, den Reichstag von Mitte November bis März zu verlagern. Damit hat Treviranus an sich nichts Neues gesagt. Wichtiger dagegen ist seine Ankündigung, daß Brüning die Arbeitslosenfrage reiflos durch Einführung der Zwangsdienstpflcht zu lösen beabsichtigt. Der Anfang soll mit der Trodenlegung der Sümpfe in Dürpreußen gemacht werden. Diese dunklen Pläne müssen durch den von uns zu entfachenden Massensturm aller Werktätigen zum Scheitern gebracht werden.

Melchiorbelegschaft wählt 30 Delegierte Betriebsgruppe der KPD. gegründet

Am Montag tagte die von der KPD. einberufene Belegschaftsversammlung der Melchiorgrube. Sie war sehr gut besucht. Der Betriebsrat Reichstagsabgeordneter Genosse Becker sprach über die Frage: „Stellungnahme der KPD. zu der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter.“ Er schilderte den sorgfältigen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und die Notwendigkeit des Eintritts in die KPD., um die Offensive für den Kampf zu eröffnen. Jetzt muß es heißen, den zunehmenden Massenverelendung die geschlossene revolutionäre Einheitsfront des Kampfes entgegenzusetzen, wenn der weiteren Verelendung Einhalt geboten werden soll. Es folgte dann die Wahl von 30 Delegierten und außerdem von noch 5 Delegierten der Jungarbeiter.

Die Versammlung war getragen von gutem Kampfgeist. Nach Schluß meldeten sich sofort 50 Arbeiter als Mitglieder der KPD. Nun heißt es, weiter zu werden, um eine starke KPD.-Betriebsgruppe zu schaffen.

Die Giftkollonbartei gelbrenzt

Die Partei der Giftkollonbesitzer, genannt Staatspartei, geht kaputt. In einer gestern in Berlin abgehaltenen Sitzung des Vorstandes dieser Partei erklärte der Jungdo, daß sich die Reichstagskollon Arbeitermörder, ihren Austritt aus der Staatspartei. Damit hat diese Partei ihr Ende gefunden. Maßraun wird seinem Programm entsprechend dem offenen Faschismus noch näher rücken und die „demokratischen“ Giftkollonpartei werden mit ihrem kümmerlichen Rest auf Umwegen ebenfalls sehr bald dort landen.

Der „linke“ Kranold als Wegbereiter des Faschismus

Gestern haben wir die „linke“ Schaumschägerlei der Schäfer, Schramm und Konsorten angeprangert, die von ihnen auf der Tagung des Bezirksvorstandes für Mittelschlesien aufgeführt wurde. Wir wiesen dabei am Schluß auf die Fortsetzung des Betrugs durch den „linken“ Herrn Kranold hin, der in einem begeisterten Artikel in der „Volkswacht“ die schamlose Kapitulation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verteidigt und dabei das linke Betrugsmanöver fortsetzt. Dieser Artikel verdient, daß wir ihn ein klein wenig unter die Lupe nehmen, zeigt er doch so recht die Charakterlosigkeit dieser „linken“ Betrüger. Herr Kranold schreibt:

„Selbstverständlich ist, daß die Entschliebung der Fraktion in der Hauptsache taktische Bedeutung hat. Sie hat den Zweck, den Gegnern die taktische Situation möglichst zu erschweren, insbesondere dem Zentrum den Vorwand zu nehmen, mit dem es gegenüber seinen Arbeiterwählern einen Rechtsabmarsch begründen würde, daß die Sozialdemokratie es ja durch ihre Haltung gezwungen habe, mit den Nazis zu koalieren. Dies Vorausstellen der taktischen Gesichtspunkte ist in einer so schwierigen komplizierten Lage durchaus angebracht, um so mehr, als der Hauptfehler unserer Politik in der

„Alle bürgerlichen Parteien sind von faschistischen Tendenzen durchsetzt, daher kann der Kampf nur im Gegensatz zu ihnen geführt werden.“

Aber es sind ja inzwischen schon wieder mehr als acht Tage seit Übernahme jener Entschliebung her, deshalb kann Herr Kranold jetzt genau das Gegenteil schreiben. Und da inzwischen die Preußenregierung unter Führung des „Genossen“ Braun sich vorbehaltlos für das Hungerprogramm entschieden hat, wird Herr Kranold in der „Volkswacht“ seine Begeisterung für die Mitarbeit der SPD. wahrscheinlich noch freudiger zum Ausdruck bringen, als dies bereits am Sonnabend geschehen ist, was inzwischen auch eingetroffen ist.

Drohender steht demnach die Gefahr des Faschismus vor der deutschen Arbeiterklasse, da selbstverständlich dieser „linke“ Betrug nach dem eigenen Geständnis einer anderen „Linken“, nämlich der Toni Sender, nur dem Faschismus zugute kommt, die das in einem Artikel, den die „Volkswacht“ gestern bringt, folgendermaßen formuliert:

„Niemals aber können wir, nur um Faschisteneinfluß hintanzuhalten, sozialreaktionäre Maßnahmen dulden. Damit werden wir niemand anderem einen Gefallen tun als — — — den Faschisten selbst.“

Die Antwort auf diese neue „linke“ Unterstützung des Faschismus muß sein:

Ger mit dem antifaschistischen Kampfband, in den wir auch die sozialdemokratischen Arbeiter einreihen müssen, die diesen verbrecherischen Kurs nicht mitmachen werden.

Rebellion in der Breslauer SPD.

Gestern fand in Breslau eine Funktionärerversammlung der SPD. statt. Kein geringerer als Herr Hilsfelding war aufgerufen worden, um die sozialdemokratischen Arbeiter für die Kapitulation der SPD.-Reichstagsfraktion vor Brüning, für die sich auch der „linke“ Kranold begeistert, einzufangen. Es gelang ihm aber nicht. Wir bringen im lokalen Teil einen ausführlichen Bericht darüber, und werden morgen noch darauf zurückkommen. Hier begnügen wir uns mit der Feststellung, daß Hilsfelding eine Niederlage erlitten hat.

Letzten Legislaturperiode gerade darin bestand, daß wir von vornherein unsere Position schwächten, indem wir öffentlich kundgaben, daß wir auf jeden Fall mitzuregieren wünschten, anstatt uns suchen zu lassen.“

Dies wird also hier ausgesprochen, daß auch ohne Beteiligung an der Regierung die SPD. bereit ist, der Bourgeoisie über die jegliche schwierige Situation hinwegzuhelfen. Sie wollen also an dem exzessiven Kurs mitarbeiten, der bekanntlich auch der Lohnabbau durch die Geldläde nicht nur ausdrücklich sanktioniert, sondern sogar fordert. Herr Kranold mag diese völlige Kapitulation, die auch seine eigene ist, folgendermaßen zu „begründen“. Er sagt, die notleidenden Arbeiter verlangen ebenso wie Recht, daß wir nicht einfach zu den anderen sagen, sehr ihr zu, wie ihr fertig werdet, wir können auf keinen Fall mit euch zusammenarbeiten, denn unsere Partei hat auch die Pflicht, alles zu tun, um eine für die großen arbeitenden Volksmassen erträgliche Lösung der schweren Krise zu erreichen.“

Nachdem im Wahlkampf Herr Labe, Kranolds unmittelbarer Vorgesehener, proklamiert hatte, daß ihm der Lohnabbau nicht nur richtig scheint, ist die jegliche Auffassung Kranolds nur zu verständlich. Aber er hat auch dafür eine Begründung, denn er sagt einfach:

„Da wir allein keine Mehrheit haben, müssen wir mit anderen zusammenarbeiten.“

In der Entschliebung der Bezirksstagung der SPD. Mittelschlesiens hieß es zuvor ausdrücklich:

Oppelner Eisenbahner für die Beschlüsse des 5. KPD.-Kongresses

Oppeln. Am Sonnabend, dem 4. Oktober, fand eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, in der der Kollege Schwalek als Delegierter des 5. KPD.-Kongresses einen Bericht über den Kongreß und seine Beschlüsse gab. Anschließend an diesen Bericht wurde die nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen, welcher auch sozialdemokratisch und christlich organisierte Arbeiter zugestimmt haben. Dem Beispiel der Oppelner Eisenbahner müssen die übrigen Kollegen des Reiches folgen. Die Durchführung der Beschlüsse ist mit Rücksicht auf die verschärfte politische und wirtschaftliche Lage eine Lebensnotwendigkeit und wird von der Ortsgruppe des Einheitsverbandes der Eisenbahner (Opposition), wie in der Entschliebung festgelegt, sofort in Angriff genommen werden.

„Die am 4. Oktober 1930 in Oppeln tagende öffentliche Eisenbahnerversammlung, welche von den Eisenbahner aller Dienststellen von Oppeln und Umgegend besucht ist, hat eingehend zu den Beschlüssen des 5. KPD.-Kongresses Stellung genommen und bekräftigt vollständig diese Beschlüsse. Die Oppelner Eisenbahner, die unter Führung der KPD. den Reformismus in ihren Dienststellen entscheidend geschlagen haben, geloben auch weiter unter der Führung der KPD. bis zur vollständigen Vernichtung des Reformismus und der Beseitigung des Kapitalismus zu kämpfen.“

Als praktische Auswertung der Beschlüsse des 5. KPD.-Kongresses beschließen die Eisenbahner, die infolge der Spaltung-

politik der Reformisten entstehende Ortsgruppe Oppeln des Einheitsverbandes der Eisenbahner (Opposition) durch Eintritt als Mitglieder zu stärken und gemäß den Beschlüssen des 5. KPD.-Kongresses zu einer Kampfgewerkschaft der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Deutschlands auszubauen.

Die Ortsverwaltung des Einheitsverbandes der Eisenbahner (Opposition) Ortsgruppe Oppeln wird beauftragt, sofort an die Durchführung der Beschlüsse des 5. KPD.-Kongresses heranzugehen, insbesondere ist der vollständige Umbau des Verbandes auf Betriebsgruppen, die Registrierung und Erfassung der Leser des „Eisenbahner-Chos“ durch Abonnentenarten und der Vertrieb der Kampfsondarmen der KPD. in Angriff zu nehmen und durchzuführen.

An alle Eisenbahner des Reiches richten die Oppelner Eisenbahner den Appell, ebenfalls die Beschlüsse des 5. KPD.-Kongresses durchzuführen.“

Eisenbahner aller Dienststellen Oppelns und Umgebungs hinein in den Einheitsverband der Eisenbahner (Opposition), Ortsgruppe Oppeln. Stärkt die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands, denn nur sie allein ist in der Lage, den Kampf um die Verbesserung der Lebenslage und Befreiung der Arbeiterklasse zu organisieren und zu führen.

„Polizeitüppel und härtere Waffen nicht aus dem Dienst stellen“

Severing proklamiert den Arbeitermord auf dem niederrheinischen Polizeitag

Krefeld, 7. Oktober. (Eigene Meldung.) Auf dem niederrheinischen Polizeitag, der jetzt hier stattfindet, hielt Severing, der Ehrenvorsitzender der „Vereinigung politisch-wissenschaftlicher Fortbildung“ ist, eine provokatorische Rede. Er gab für die sozialdemokratische Partei eine Solidaritätserklärung zu dem Willkürdenraubprogramm der Diktaturregierung Brünning ab:

„Das Reformprogramm der Reichsregierung ist nicht nur als Willkürdenraub dieser Regierung zu werten, sondern auch als ein Ganak gegenüber dem Ausland. Ich bin der Meinung, daß, wenn alle Volksschichten im Interesse des Staatsganzen Opfer bringen müssen, dies auch alle Beamten gern tun werden. Weil das Regierungsprogramm nicht nur innerpolitische, sondern auch außenpolitische Bedeutung hat, will ich auf das, was ich in ihm an Schönheitsflecken finde, nicht länger eingehen.“

Die SPD ist also einverstanden mit dem Lohn- und Gehaltsraub, der nicht nur für die Beamten, sondern für das gesamte deutsche Proletariat durchgeführt werden soll. Einverstanden mit der Tabaksteuer, einverstanden mit der Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung, mit der Auferlegung aller Lasten der Millionenarbeitslosigkeit auf die Schultern der werktätigen Massen, einverstanden mit der Zwangsarbeit für Arbeitslose.

Aber Severing weiß, daß die Massen des werktätigen Volkes nicht gewillt sind, dies unerträgliche Elend auf sich zu nehmen, daß sie sich gegen Hunger, Lohnraub und verschärfte Ausbeutung zur Wehr setzen werden. Severing kennt das Mittel der Ausbeuter gegen hungernde Arbeiter. Wörtlich erklärte er:

Da muß auf die wichtige Aufgabe hingewiesen werden, die der Polizei im nächsten Winter wieder entgegentritt und die sie mit kaltem Blut, Kühnem Mut, mit großer Entschlossenheit und ganzem Opferwillen erfüllen muß.

Es ist selbstverständlich, daß jeder Beamte seine Pflicht tut, und wenn es auch eine harte Pflicht ist. Je mehr Sie diese Gedankengänge sich zu eigen machen, je mehr Sie von den Erfordernissen unseres Wirtschaftslebens (lies: des Kapitalismus, die Red.) durchdrungen werden, um so bessere Verteidiger der Staatsautorität sind Sie, auch wenn Sie dazu gezwungen sein sollten, unruhige Volkshäuser in Schach zu halten. Polizeitüppel und härtere Waffen dürfen in diesem Winter nicht aus dem Dienst gestellt werden.“

Sozialdemokratische Arbeiter, die ihr unter der Ausplünderung des Brünning-Programms zusammenbrechen. Lest bei knurrendem Magen diese Sätze durch, damit ihr es nicht vergeßt, wenn ihr gegen den Hunger protestiert, wenn ihr euch gegen die Ausbeutung wehrt, wenn ihr eure Löhne nicht rauben lassen wollt, wenn ihr nicht Zucht aus der faschistischen Diktatur wollt. Euer Parteigenosse Severing ist es, der die Parole ausgibt, daß man euch niedermeßeln, zusammenkartättschen und zusammenhauen soll! Euch sozialdemokratische Arbeiter nicht weniger als eure hungernden Klassengenossen der Kommunistischen Partei, der parteilosen Arbeiterklasse.

Sozialdemokratische Arbeiter, bringt ihr es noch fertig, zu diesem Manne „Genosse“ zu sagen? Könnt ihr noch Mitglieder und Anhänger der Partei sein, die so in der brutalsten Form die Parole zum faschistischen Arbeitermord ausgibt?

Die jüdische Nordparole Severings ist ein Appell an die gesamte Arbeiterklasse, auch und gerade an die sozialdemokratischen Arbeiter, dieser Front des faschistischen Mordes, der der „kleine Metallarbeiter“ Severing sich als eifriger Trommler zur Verfügung stellt, die proletarische Klassenfront entgegenzustellen. Nur unter der Führung der kommunistischen Partei kann das Proletariat den Kampf gegen die Diktatur des Hungers und des Arbeitermordes führen. Hinein in die SPD!

Der geisteskranke Zeuge sagt aus:

„Ich habe mein Geld und meine Zigarren gekriegt“

Der gefaupte Belastungszeuge im Racheprozeß gegen den KFD. tobt im Gerichtssaal — Der Staatsanwalt will den Geisteskranken vereidigen lassen

Leipzig, 7. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Im Racheprozeß gegen den KFD sagt der Vater des Hauptbelastungszeugen Beiersdorf aus, daß sein Sohn öfter Anfälle hat. Er traf ihn am ersten Oktoberabend um 6 Uhr in der Eisenbahnstraße, und da erzählte er ihm nur allgemein, was auf dem Augustusplatz vorgekommen sei. Eine Skizze hat er ihm nicht gezeigt.

Darauf wird der Zeuge Beiersdorf selbst nochmals vernommen, der gleich ganz erregt herumbrüllt: „Ich sage euch überhaupt nichts mehr.“ Auf den Sachverständigen Weiß zeigend: Der sollte am Sonntag soviel Kille von mir kriegen und die kriegt er auch noch. Mich hier als verrückt zu erklären. Dem werde ich schon helfen. Und der hilde Komiker (auf Rechtsanwalt Horstmann zeigend), das hilde Schwein. Den hole ich mir auch noch. Ich rede hier in eurem Laden überhaupt nicht mehr. Ihr könnt mir kommen, wie ihr wollt. (Zum Gericht gewandt:) Von wegen Herr Beiersdorf, Herr Beiersdorf! Ich lasse mich auf gar nichts mehr ein. Ich gehe jetzt meiner Wege. Ich habe mein Geld und meine Zigarren gekriegt.“

Verteidiger, Genosse Horstmann: Meine Herren, dieser Zeuge ist doch unmöglich. Ich beantrage, ihn nicht zu vereidigen.

Staatsanwalt Hölder: Ich bin noch immer der Meinung, daß dieser Zeuge einwandfrei ist.

Medizinalrat Dr. Weiß gibt folgendes Gutachten über Beiersdorf ab: Das leidliche Gedächtnis dieses Zeugen Beiersdorf ist nicht ausschlaggebend, denn bei uns war er nie imstande, sicher zu sprechen. Vor allem ist er nicht in der Lage, einen Vorgang richtig aufzufassen. Denn er ist in solchen Fällen viel zu aufgeregt. Ich habe starke Zweifel, ob er die Bedeutung des Eides kennt, auch wenn er schon wiederholt vor einem Eid gestanden haben sollte. Auch gegen die Zeichnung habe ich Bedenken.

Der Leipziger Medizinalrat Dr. Gähler beharrt aber auf seinem Standpunkt, daß er Beiersdorf nach wie vor für ganz normal hält.

Medizinalrat Dr. Schiff erklärt: Als Arzt muß ich schon

sagen, daß es unmöglich ist, daß dieser Zeuge Beiersdorf an Ort und Stelle diese Skizze angefertigt haben kann; also ich sage nein (zur Frage der Glaubwürdigkeit Beiersdorfs).

Sodann zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und verkündete, daß man beschließen habe, von einer Vereidigung Beiersdorfs abzusehen, da er nicht zur echnungs fähig sei.

Eine Anzahl Zeugen stellt fest, daß der Angeklagte Herpich während der Vorgänge am Grimmaischen Steinweg sich im Kreise seiner Kameraden und seiner Familie in der Mitte des Augustusplatzes aufgehalten hat.

Darauf wird nochmals der Polizeikommissar Willenach vorgelesen, der das entgegengesetzte behauptet hat. Statt auf diese Frage einzugehen, erzählt Willenach Schauer märchen, in denen er behauptet, er werde Tag und Nacht verfolgt.

Hitler gesteht:

„Bolschewismus — ein Weg der Rettung“

Die NSDAP. will die ausländischen Finanzkapitalisten retten

Venor er zu Brüning fuhr, um mit ihm die Durchführung des Ausplünderungsprogramms der Regierung zu besprechen, sprach Adolf Hitler in einer öffentlichen Versammlung der NSDAP. in Frankfurt a. Main. Der jetzt im „Völkischen Beobachter“ über diese Rede erschienene Bericht enthält wichtige Eingeständnisse Hitlers. Hitler erklärte demnach:

„In Deutschland gäbe es heute nur zwei Möglichkeiten der Rettung. Auf der einen Seite Freiheit und Ehre des Nationalsozialismus, auf der anderen den Bolschewismus.“

Adolf Hitler muß also zugeben, daß der Bolschewismus eine Möglichkeit der Rettung für die deutschen werktätigen Massen ist. Was Hitler als die Möglichkeit der nationalsozialistischen Rettung ansieht, ergibt sich aus folgendem Satz, ebenfalls wörtlich dem Bericht des „Völkischen Beobachter“ entnommen:

„Wenn das Ausland glaube, daß es ihm besser gehe, wenn am Rhein und an der Nordsee die rote Fahne des Terzians ausgezogen sei, so solle er nur so fortfahren.“

Adolf Hitler hat ausnahmsweise recht. Das Ausland, an das er diesen Appell richtet, nämlich die Finanzkapitalisten, Börsenspekulanten und Trustmagnaten von London, Kewport und Paris haben allen Grund, die bolschewistische Revolution zu fürchten. Denen wird es nicht besser gehen, sondern ihnen werden die Möglichkeiten, aus werktätigen Massen Deutschlands Profite zu schlagen, für immer genommen sein.

Was Hitler „Freiheit und Ehre des Nationalsozialismus“ nennt, besteht aber darin, daß er den Young-Ausplünderern Deutschlands besser geht und den werktätigen Massen immer schlechter. Wir sind Hitler dankbar für dieses Eingeständnis.

Nach 7 Stunden aus dem Betrieb!

Essen, 7. Oktober. (Eig. Bericht.) Im Ruhrgebiet fanden am Sonntag in 28 Bergbaugebieten Konferenzen der Industrie-Gruppe Bergbau der IGD. statt, an denen über 1200 Funktionäre teilgenommen haben. Davon aus Betriebsgruppen der IGD. über 250 parteilose Arbeiter. Die Konferenzen hatten die Aufgabe, die Kampfmaßnahmen gegen die Hungeroffensive der Kohlenmagnaten zu beraten und zu beschließen. Die Kampfparole zur Vorbereitung des Streiks im Ruhrbergbau lautet:

Nach sieben Stunden Ausfahrt aus dem Betrieb ab 1. Dezember!

★

Düsseldorf, 7. Oktober. (Eig. Bericht.) Hier fand am Sonntag die 3. Bezirkskonferenz der Revolutionären Gewerkschaftsopposition statt, die eine Kampfparade der kämpfenden proletarischen Einheitsfront darstellt. Sie war beherrscht von dem Willen der Organisation des proletarischen Klassenkampfes gegen Young-Sklaverei, für Lohn und Brot, und die Macht der Arbeiterklasse für ein Sowjetdeutschland. 223 Delegierte waren erschienen, davon sind 136 in Belegungsversammlungen, 71 in Erwerbslosenversammlungen und 16 auf den Baustellen der Wohlfahrtsarbeiter gewählt worden.

Mit brausendem Beifall wurde die Mitteilung eines Delegierten der Belegschaft Koppers, Düsseldorf-Geerd, entgegengenommen, daß der gesamte, aus sieben Kollegen bestehende Betriebsrat, dem zwei sozialdemokratische und zwei bisher mit der Sozialdemokratie sympathisierende Arbeiter angehörten, in der Konferenz ihren Eintritt in die kommunistische Partei vollzogen haben.

SPD.-Magistrat für Massenausplünderung

8,5 Millionen neue Steuern in Frankfurt a. Main

Frankfurt a. M., 7. Oktober. (Eig. Bericht.) Der Magistrat der Stadt Frankfurt, der unter dem ausschlaggebenden Einfluß der Sozialdemokratie steht, bereitet einen ungeheuerlichen Raubzug auf die werktätigen Massen vor. 8,5 Millionen neue Steuern sollen rückwirkend ab der Bevölkerung herausgepreßt werden. Zu den schon beantragten Notverordnungssteuern, wie Erhöhung der Biersteuer und Einführung der Gemeindegetränkesteuer im Betrage von 1,1 Million Mark und der schon beschlossenen Erhöhung des Schulgeldes von 150 000 Mark, soll die Grundvermögenssteuer von 225 auf 275 Prozent, die Gewerbesteuer von 450 auf 550 Prozent mit Wirkung vom 1. April eingeführt werden. Die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme soll ab 1. November von 1500 auf 1650 Prozent erhöht bzw. bei den Filialen auf 1980 Prozent festgelegt werden. Alle diese Steuern bringen eine direkte Preiserhöhung für alle wichtigen Lebensmittel und Bedarfsartikel mit sich. Die Erhöhung der Grundvermögenssteuer hat eine sofortige Erhöhung der Miete zur Folge.

„Ohne die Stadtverordneten wird regiert“

Dresden, 7. Oktober (Eig. Bericht.) Der sozialdemokratische Finanzbegünstigte Dr. Bülter erstattete vor der Dresdener Kaufmannschaft über die Finanzlage der Stadt Dresden Bericht. Er fühlte sich ganz als Beauftragter dieser Herren. Nach den vorliegenden Berichten will er die Stadtverwaltung „vereinfachen“ und die leitenden Beamten für die Finanzwirtschaft ihrer Aemter persönlich verantwortlich machen. Das Kassenkollegium ist ihm zu groß. Viele Aufgaben der tausenden Verwaltung sollen ohne die Stadtverordneten erledigt werden. Bülter ist für das Diktat über die Gemeindeverordneten, denn es könne nicht sein, daß die Stadtverordneten Dinge beschließen, für die keine Deckung vorhanden sei.

Wo die SPD-Führer die Macht haben, regieren sie mit denselben Methoden wie Brüning. Immer wieder liefern sie den Beweis, daß sie sich in die faschistische Front durchaus passen einfügen.

RGD. im Vormarsch

Stettin, 6. Oktober. Am Freitag und Sonnabend fanden im Betrieb der Stettiner Hafengesellschaft die Betriebsratswahlen statt. Von 334 abgegebenen Stimmen erhielten:

Liste der RGD	379 Stimmen (4 Sitze)
Liste der Reformisten	466 Stimmen (5 Sitze)
die Faschisten	89 Stimmen (1 Ersatzmitglied zum Arbeiterrat)

Das Wahlergebnis ist für die RGD. um so günstiger zu beurteilen, als zum ersten Male eine rote Betriebsratsliste in diesem Betriebe aufgestellt war und die Gewerkschaftsbürokraten ein gemeinsames Hehlflugblatt gegen die RGD. und ihren Spitzenkandidaten verteilt hatten.

„Nur die proletarische Diktatur wird sich behaupten“

Die Ausbeuterpresse muß das zähneknirschend zugeben. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Sonntag veröffentlicht Dr. S. Mette einen Leitartikel „Deutschland oder die Verfassung“, in dem er sich mit der Frage des Parlamentarismus auseinandersetzt. Dabei kommt er zu folgenden wichtiger Eingeständnissen:

„Einer wie auch immer gearteten nationalen Diktatur aber muß der Erfolg verjagt bleiben... Die nationale Diktatur mühte sich allzeit verfrühen im Chaos der Diktatur des Proletariats. Diese Diktatur des Bolschewismus aber, sie ist das, was Ebert so überaus drastisch mit „vor die Hunde gehen“ bezeichnet hat, und es ist dabei völlig gleichgültig, ob sie im Gefolge einer vorherigen nationalen Diktatur hochkommt, oder direkt an die Stelle der zusammengebrochenen parteilichen und daher funktionsfähigen Parlamentarismus tritt. Diese Diktatur freilich würde sich behaupten, weil sie, erst einmal wirklich zur Macht gekommen, ganz von der Regierung leben würde, von der Vernichtung aller bisherigen Mächte und Machthaber.“

Das Bürgertum fühlt es: Allein die proletarische Diktatur wird von Bestand sein. Sie ist härter als der Faschismus. In ihr, zur kommunistischen Partei gehören alle Hungernen, Ausgebeuteten, Verelendeten! Ihr gehört die Zukunft!

Die revolutionäre Bewegung in Lateinamerika

Lateinamerika wird in letzter Zeit von einer Welle von Revolutionen überflutet. In Argentinien wurde der Staatspräsident Frigolien abgesetzt, in Peru die Regierung Leguia gestürzt, Brasilien steht inmitten der Revolution, und auch in Bolivien und auf Kuba ist die Lage gespannt.

Die Bewegung ist nicht zufällig. Sie ist das natürliche Ergebnis des verstärkten Kampfes zwischen englischem und nordamerikanischem Imperialismus.

Lateinamerika leidet wie alle bourgeois Staaten unter einer schweren wirtschaftlichen Krise. Die Lage ist sehr ernst. Die Krise hat vorwiegend agrarischen Charakter. Die landwirtschaftliche Presse Lateinamerikas erklärt, das Untermessertum müsse die Produktion einschränken, um zu vermeiden, daß überschüssiges Korn nutzlos vernichtet wird. In einzelnen Zweigen der Industrie ist die Lage geradezu katastrophal.

Der Kampf um die Macht zwischen England und den U.S.A. spiegelt sich in allen Staaten Lateinamerikas wider. Es gibt zwei große politische Parteien — die konservative, die ihren Rückhalt in Washington findet, und die liberale Partei, die von London aus unterstützt wird. Diese beiden Interessengruppen führen mit politischen und militärischen Waffen erbittert Krieg gegeneinander. Dies hat unerträgliche ökonomische und politische Bedingungen zur Folge. Die Krise gibt den imperialistischen Machtgruppen die Möglichkeit, die Länder, die unter schwerem wirtschaftlichen Druck zu leiden haben, zum Spielball ihrer Machtgier zu machen. Die Radikalisierung der südamerikanischen Bevölkerung wird vom englischen und amerikanischen Imperialismus zur Austragung ihrer Konflikte benutzt.

England, die größte Weltmacht der Vorkriegszeit, übte die Vorherrschaft über viele lateinische Länder aus. Es hatte in der Wirtschaft Brasiliens, Argentiniens, Perus usw. etwa 5 Millionen Dollar investiert. Die Rohstoffquellen Lateinamerikas wurden vom englischen Imperialismus für sich in Anspruch genommen. Es führte aus diesen Staaten ungeheure Mengen Naturprodukte aus, um sie dafür mit englischen Fertigfabrikaten zu beliefern.

Im Weltkrieg und während der Nachkriegsjahre ist ein Umschwung eingetreten. Der amerikanische Imperialismus ist in die Länder Lateinamerikas eingedrungen und hat England von seinen unabhängigen Staaten verdrängt. USA. gewann nach und nach großen Einfluß. Das investierte englische Kapital ist vom Jahre 1913 bis 1929 nicht gestiegen, dagegen hat Wallstreet seine Kapitalien von einhalb Milliarden auf rund fünf Milliarden Dollar erhöht, in Argentinien allein von 15 Millionen auf 400 Millionen Dollar. Diese Tatsachen sprechen für sich selbst. Der größte Teil des Handels und der Industrie, so der Hauptagarmarkt wie Weizen und die Konzentration der Industrie, liegt in der Hand nordamerikanischer Firmen. In den letzten zwei Jahren haben amerikanische Bankiers die größten Petroleumgruben und fast alle elektrischen Stationen und Tramwaylinien der Provinzialstädte aufgekauft. Früher gehörten sie englischen Trusts.

Ein kürzlicher Besuch des Präsidenten Hoover verstärkte den Einfluß zuungunsten Englands.

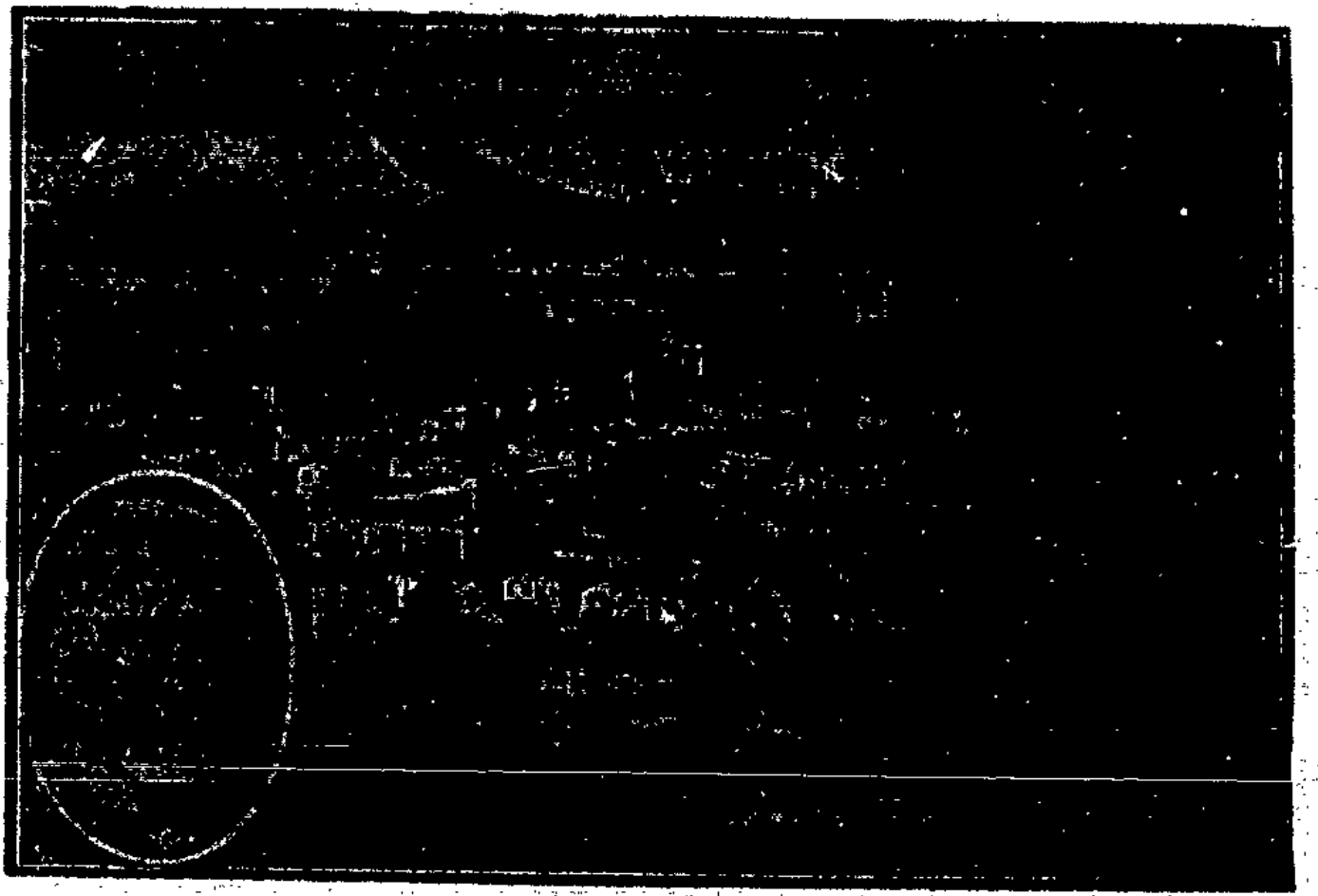
Hoover und Stearnson sind auf die Anfrage, was sie angesichts der Revolte in Peru zu tun gedenken, einer direkten Antwort ausgewichen. Sehr bestimmt haben sie sich jedoch bezüglich der Revolution in Argentinien erklärt.

Die Revolutionen und Revolten, die sich in den lateinamerikanischen Staaten abspielen, die Aufstände und Revolten in Brasilien und Kuba, — sie haben alle denselben Charakter. Sie werden von denselben imperialistischen Händen diktiert. Sie sind der Anfang zu dem Feuer, das sich zwischen den beiden mächtigsten imperialistischen Räubern entfachen wird.

Der Kampf dieser imperialistischen Mächte verflacht das Proletariat, ruiniert das Bauerntum, untergräbt die Interessen der Kleinbourgeoisie.

Zu den Kämpfen in Brasilien

Die Autständischen befinden sich auf dem Marsch nach der Hauptstadt Rio de Janeiro (unser Bild). Im Oval der Präsident Dr. Luiz Perreira, dessen Amtszeit am 18. November abläuft.



In Peru machte sich die englische Diplomatie, welche den Gedanken auf Rückgewinnung der lateinischen Länder noch nicht aufgegeben hat, die Unzufriedenheit aller Bevölkerungsschichten mit der Regierung des Diktators Leguia zunutze, um das Land zurückzuerobern. Mit Hilfe der bewaffneten Macht wurde der Staatspräsident Leguia und das Ministerium abgesetzt und an seine Stelle der General Santa Terra mit der Regierung beauftragt.

In Argentinien nützte man die Empörung der Bevölkerung zum Sturz der Regierung Frigolien aus. Als Antwort auf den Regierungsturz in Peru setzte der amerikanische Imperialismus, vertreten durch eine militärische Clique, an deren Spitze General Uriburu steht, die Absetzung der Regierung Frigolien durch. Interessant ist der Umstand, daß der abgesetzte Autokrat und Demagoge Frigolien bereits zum zweiten Male Präsident von Argentinien war. Das erstemal seit 1916. Er machte sich 1919 durch blutiges Abwürgen der Arbeiterbewegung berühmt.

Vor den letzten Wahlen 1928 organisierten Frigolien-Anhänger in der radikalen Partei eine Opposition gegen die Kongressionen, die die Regierung dem amerikanischen Petroleum-imperialismus und gegen die Privilegien, die sie den Grundbesitzern verliehen hatte. Auf solche Weise gelang es 1928 den „Radikalen“ noch einmal, die Massen zu täuschen und Frigolien als Diktator auf den Präsidentensstuhl zu setzen.

Der jetzige Zustand ist voll gelungen. Uriburu ist mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus Diktator geworden.

Die ersten Taten des neuen militär-faschistischen Regimes zielten darauf hinaus, in Buenos-Aires und Rosario sowie anderen Städten Arbeiter abzuschlachten, die weiter nichts getan hatten als Flugblätter verteilt, in denen zum Generalstreik aufgerufen wurde. Die Faschisten führten die seit langem abgeschaffte Todesstrafe wieder ein.

Die Lage der armen Bevölkerung, der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger, hat sich durch die jetzigen Revolutionen in nichts verbessert. Jede wirkliche revolutionäre Erhebung wird mit einem maßlosen weißen Terror verfolgt.

Die kommunistische Partei mobilisiert die breiten Arbeitermassen gegen die neuen Agenten des Imperialismus genau so wie gegen die gestützten für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Der Kommunismus schafft sich Bahn in Lateinamerika in Form der ant imperialistischen Bewegung für die Diktatur der Arbeiterklasse. Diese Bewegung läßt die Bourgeoisie erblutern. Lateinamerika will nicht länger unterdrückt sein, will nicht länger das Joch des nationalen und ausländischen Kapitalismus tragen. Die revolutionären Massen, geführt durch die KP., fordern soziale und nationale Befreiung, fordern eine Lateinamerika-Sowjetrepublik.

Paul Borodin (Rio de Janeiro).

Straßenkämpfe in Bilbao

Die spanischen Arbeiter im Kampf gegen Faschismus und Polizeiterror

Madrid, 7. Oktober. Am Montag und Dienstag kam es in Bilbao erneut zu schweren Straßenkämpfen, bei denen zehn Tote und zehn Schwerverletzte, darunter mehrere Polizisten, gezählt wurden. Gegen die Arbeiter wurde Militär mit Maschinengewehren eingesetzt.

Die Arbeiterschaft verharret geschlossen im Generalstreik, der am Sonnabend aus Protest gegen den Monarchistenaufmarsch ausgebrochen ist. In der Provinz haben sich zahlreiche Betriebe dem Massenstreik angeschlossen.

Es gärt in Macdonalds Kriegsflotte

London, 7. Oktober. Auf dem englischen Schlachtschiff „Revenant“ hat sich in der Nähe von Nizza eine schwere Meuterei ereignet. Die Rebellion der Matrosen legte ein,

nachdem alle ihre Beschwerden über schlechtes Essen und brutale Behandlung durch die Offiziere ohne Erfolg blieben.

Als der Kapitän des Schlachtschiffes in Nizza an Bord ging, wurde er von allen Matrosen ausgepöbelt. 40 bewaffnete Matrosen weigerten sich wieder an Bord zu gehen. Die vom Schiffskommandanten alarmierte französische Polizei verhaftete daraufhin die 40 Matrosen und brachte sie an Bord, wo sie gefangenengelegt wurden. Zwei Matrosen sind desertiert.

Die imperialistische Balkankonferenz eröffnet

Athen, 6. Oktober. Heute wurde die erste imperialistische Balkankonferenz, deren Aufgabe die Organisation des wirtschaftlichen und militärischen Krieges gegen die Sowjetunion ist, eröffnet. Auf ihr ist Albanien durch 10, Bulgarien durch 11, Griechenland durch 30, Rumänien durch 30, die Türkei durch 10 und Jugoslawien durch 7 Delegierte vertreten. Venizelos führte aus, er freue sich, die Vertreter aller Balkanstaaten hier vereint zu sehen, um die Wege der Annäherung zu finden.



(Copyright des Internationalen Arbeiter-Berlags, Berlin.)

8. Fortsetzung.

Hinter der Belegschaft Friedrich-Ernestine wand sich bis hoch in die Göttingstraße hinein Zug um Zug. Aber tausende standen außerdem noch auf dem Platz, der nicht leer werden wollte.

„Man müßte doch glauben, daß wir mit der Masse die ganze Polizei, mit all ihrem Krampf, in die Tasche stecken können!“ sagte Fritz Kaup zu dem stammelnden Franz.

Der nickte. Er las die Inschriften auf den Tafeln der vorbeiziehenden Abteilungen. Da waren die von Jeché „Graf Beatz“, von „Matthias Stinnes“, aus einem halben Dutzend Altessener Schächte. Schacht „Königin Elisabeth“, Schacht „Hubert“, von der Jeché „Joachim“ aus Kranz, Steels, Karnap, die Belegschaften der Schächte „Helene Amalie“, „Wolfsbäum“, „Karolus-Magnus“, „Sontagius“, „Dahlbusch“. Die Schmelzer, Walzer, die Kesselschmiede und Kleber, die Lokomotivbauer von Krupp. Zahllose Klein- und Großbetriebe. Eisenbahner und Straßenbahner. Frauenabteilungen mit mutigen Gesichtern, improvisierten Fahnen im Zuge, rote Kopftücher auf.

Es hätte alle ein mächtiger Orkan aufgewälzt, aus dem Gemäuer ihrer Fabriken und Erdtiefen emporgeschleudert, hinausgeweht. So standen sie, kampftun ungeduldig dem gesteineten Straßenboden. So marschierten sie unter dräuenden Hochrufen und revolutionärem Gesang.

Nun ging es endlich durch Flott weg. Durch die Viehoferstraße die Rettwiger Straße. Am Hauptbahnhof vorbei in die

Huyssenallee, hinauf bis zur Klarstraße. Die Zweigertstraße hinunter bis zum Polizeipräsidium. Durch das Viertel der besseren Bürger hindurch, die mit blassen Gesichtern aus den Fenstern ihrer Villen auf die Demonstranten heruntersahen.

In allen Fenstern des Polizeipräsidiums, das durch eine Kette schwerbewaffneter Grüner abgeriegelt war, konnte man Uniformen sehen. Hoch oben im Dach, in den Türmen des Landgerichtsgebäudes waren Maschinengewehre aufgebaut, dahinter die Bodenungen, schußbereit.

„Siehste, da sind sie!“ „Daß sie noch nicht einknallen!“ Augen voll Haß trafen die Polizeikette; die Fenster. Fäuste erhoben sich drohend. Stimmen wurden laut. „Warum gaffst ihr hier? Was wollt ihr? — Warum die Gewehre?“

Ein Ruf überschrie den anderen. „Geht zum Teufel, wir brauchen euch nicht!“ „Wenn ihr für uns seid, warum habt ihr dann die Knarre unten?“

Die Gesichter unter den Stahlhelmen verärbten sich. Fremde, dummblickende Gesichter, gutgenährt, frisch von der Landluft. Bauernjungen.

Dahinter die Offiziere. Schmiffige Leutnants, schlant in den Hüften, den Browning in der Hand. „Dat sind die Richtigsten!“ rief ein Arbeiter.

„Disziplin, Genossen! Ruhe und Ordnung, Genossen!“ Das war der Schluß der Redner auf dem Gerlingsplatz. Nur der Spartakus-Mann hatte gesagt:

„Mit waffenlosen Händen sind wir trotz der Hunderttausende nichts! Noch schließen sie nicht, Genossen! Aber wie lange noch?“

Born krachte ein Schuß. Und noch einer. Die Marschierenden prallten auseinander. Fluchten. „Was ist los, zum Donnerheil?“ Born krachte eine Gewehrjalo.

„Zurück!“ Drängen und Stoßen. Frauengeschrei: „Die Grünen schießen! Sie schießen auf uns!“

Schuß um Schuß. Der Menschenstrom brandete zurück in die rückliegenden Straßen. Hinterher die Polizeikette

6.

Am nächsten Tage. Franz suchte Fritz Kaup, mit dem er sich auf dem Viehofer Platz verabredet hatte. Der war schon in der Maschinenstraße auf dem Parteibüro. Der Parteisekretär hatte beim Polizeipräsidium telefonisch angefragt, warum die Schüsse gefallen hatten. Er lauschte

„Wir sind neutral“, wurde ihm höhnisch geantwortet, „wir greifen nur in äußersten Fällen ein, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten!“

Am Nachmittag lief das Demonstrationsverbot ein. Kaubinger, der Sekretär, war loslos. Auch die anderen wußten keinen Rat. Trotzdem aus Wetter die Meldung kam, daß man das Korps Lichtschlag entworfen hatte.

„Wollt ihr denn nichts unternehmen?“ fragte Fritz Kaup unwillig. „Morgen treiben sie uns mit den Knarren in die Betriebe!“

„So schlimm ist's noch nicht! Warte ab!“ sagte Kaubinger. Noch in Wut traf Kaup den Franz auf dem Viehofer Platz an.

„Die Kapp-Regierung soll abgedankt haben!“ rief ihm der entgegen.

„Was stört uns die?“

„Dann ist wieder die alte dran!“

„Wir kämpfen weiter für die eine noch für die andere. Beides ein Dreß! Ob die oder jene, der Arbeiter bleibt ein Schleppehose!“

Franz merkte, daß Kaup etwas wurmte. „Was ist denn mit dir los?“

„Wenn die Karre schieß läuft, dann haben wir's den Schlammkäbeln in der Maschinenstraße zu verdanken. Die haben Brüll an denen in der Grabenstraße. Red' denen nur nicht von Waffen, dann kriegen sie die Bug schon voll!“

Franz mußte herzlich lachen. Sein Lachen freckte den ärgerten Kaup an.

„Mensch, zum Kohen ist's! Was die zur immer von Diktatur des Proletariats quasseln, wenn ihnen schon vor der Forderung nach Gewehren grauselt!“

Auf dem Viehofer Platz und in den Straßenmündungen drängten sich Menschenhaufen: „Das Rathaus haben die verschluckten Hunde abgesperrt! — Überall stehen Maschinengewehre!“

Sie quetschten sich durch die Menge und versuchten, in die Viehofer Straße zu kommen. — Dort tobte der Sturm. Männer fluchten und flüchteten zurück. Frauen freischten und liefen, von krachenden Detonationen erschreckt, in die Nebenstraßen und Lück einfuhrten hinein.

Darstellung folgt.

Rund um den Erdball

Grenzenlose Bestürzung nach der Luftkatastrophe von „R 101“

Zurück nach Old England . . .

Eine Identifizierung der verfohlten Leichen unmöglich

Paris, 7. Oktober. Mit stierhaftem Eifer sind zur Zeit englische und französische Untersuchungskommissionen an der Stätte der Katastrophe des englischen Riesenluftkreuzers R 101, um die Ursache festzustellen. Da das Riesenluftschiff vollkommen zerstört wurde, ist es naturgemäß außerordentlich schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, die wahren Ursachen zu finden. Neuerdings glaubt man, daß der Luftkreuzer nicht allein ein Opfer der Naturgewalten geworden ist, sondern vielmehr ein Materialfehler im Stahlgerippe des Lufttrieben die Katastrophe herbeiführte.

Auch über die Zahl der Toten herrscht noch keine Klarheit, zumal der Zustand der Leichen es geradezu unmöglich macht, eine einwandfreie Zählung der Opfer vorzunehmen. Die offizielle Schiffsliste weist nur 54 Passagiere auf. Andererseits glaubt man aber, die Ueberreste von 47 Leichen geborgen zu haben. Da acht Passagiere gerettet sind, taucht neuerdings die Vermutung auf, daß sich ein blinder Passagier an Bord befunden hat.

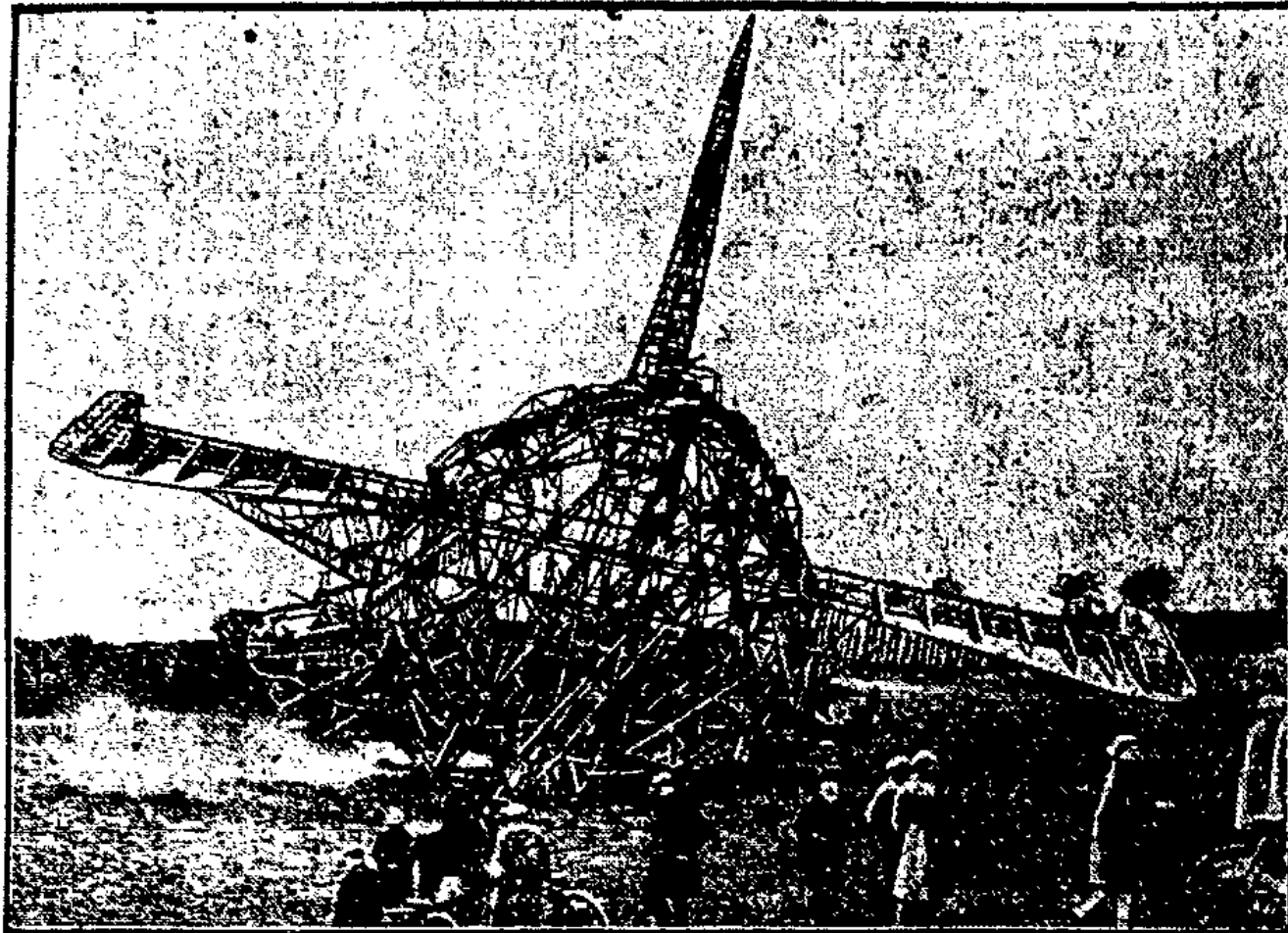
Um den Hinterbliebenen der Verunglückten den Anblick der entsetzlich zugerichteten Leichen zu ersparen, sind alle Kleiderreste und sonstiges Eigentum, die bei den Toten gefunden wurden, in nummerierten Kisten gesammelt worden, von denen je einer zu jedem Sarg gehört. Die englische Regierung hat den Angehörigen den Besuch gemacht, alle Toten gemeinsam in einem Massengrab zu bestatten.

Am Dienstagvormittag wurden die Ueberreste in Beauvais auf Lafetten aufgebahrt und vom Rathaus nach dem Bahnhof überführt, wo ein Sonderzug bereit stand, um sie nach der Küste zu bringen. Tausende aus den umliegenden Ortschaften bestellten sich an dem Trauerzug. Um 12 Uhr verließ der Sonderzug den Bahnhof mit der Besetzung Sologne-sur-Mer, begleitet von einem französischen Flugzeuggeschwader von vierzig Maschinen. Auch die Ueberlebenden der Katastrophe, deren Gesundheitszustand es erlaubte, benutzten denselben Zug, um in ihre Heimat, aus der sie auszogen, um den indischen Freiheitskämpfern Furcht und Schrecken zu bringen,

helmzuführen. Zwei englische Torpedobootszerstörer werden dann die Opfer nach Old England zurückbringen.

Eine geradezu ängstliche Vorsicht legt die englische Regierung an den Tag. Wie bekannt wird, weigert sie sich entschieden, auch nur eine Mitteilung über die Ursachen der Luftkatastrophe zu machen, bevor nicht die Zeugenvernehmungen beendet seien. Zur Untersuchung wird man verschiedene Teile des verunglückten Luftkreuzers nach England schaffen. Wie weiter bekannt wird, wird man Dr. Edener erziehen, als Sachverständiger im englischen Untersuchungsausschuß zu fungieren.

Aus Anlaß der Katastrophe sind, wie bekannt wird, bei der



Das Ende des Luftkreuzers.

Regierung in Washington von den verschiedensten Seiten Schritte unternommen worden, um die Ausfuhr des Heliumgases, die, wie wir bereits gestern meldeten, aus geschäftlichen und imperialistischen Gründen verboten ist, zu erreichen. „World“ fordert in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Liefert ihnen Helium“, daß in Friedenszeiten das Helium-Monopol aufgehoben und die Ausfuhr nach Europa erlaubt wird. Wer die Brutalität besonders des amerikanischen Kapitalismus kennt, weiß, daß die Forderung „Liefert ihnen Helium“ eine billige und heuchlerische Geiste von Leuten, die keinen Einfluß haben, bleiben wird.

Kesselexplosion in Waldenburg

Ein Arbeiter tot — Zwei schwer verletzt

Breslau, 7. Oktober. In den Waldenburger Stickstoffwerken explodierte am Dienstag früh unter ungeheurem Getöse ein Gaskessel. Durch die umherfliegenden Maschinenteile wurden ein Schlosser getötet, ein Monteur und ein Maschinist schwer verletzt.

Im Steinbruch verschüttet

Zwei Todesopfer

Chemnitz, 7. Oktober. Ein Schlossermeister und ein Kraftwagenfahrer sind in einem in der Nähe von Chemnitz gelegenen Steinbruch in einer Felschmiede tödlich verunglückt.

Die Schmiede war dicht an die Felswände angebaut und stand bereits seit 20 Jahren an dieser Stelle. Plötzlich legte sich eine ungefähr 90 Zentner schwere Felswand und stürzte auf die Schmiede, alles unter sich begrabend. Trotz stundenlangem Aufräumarbeiten war es nicht möglich, die Verunglückten zu bergen. Der Felssturz dürfte durch Witterungseinflüsse verursacht worden sein.

Zwei neue sowjetrussische Sendestationen

Die im Rahmen des Fünfjahresplanes vorgesehenen neuen Sendestationen stehen kurz vor ihrer Vollendung.

Die Sendestation, die auf 73.11 Breitengrad und 45.11 Längengrad als Kurzwellensender errichtet ist, wird auf Welle 42,5 Meter arbeiten. Die Station ist die nördlichste der Welt. Sie soll in der Hauptsache arktischen Forschungen dienen.

Die zweite Sendestation wird in Potrowsk, der Hauptstadt der autonomen Republik der Wolgabautschen, im mittleren Wolga-Gebiet in Betrieb genommen. Die Sendungen werden in deutscher Sprache erfolgen.

Kanonenfutter

Das neunzehnte Kind geboren

Sibirsk a. d. Knatter, 7. Oktober. Hier wurde die Frau des Schuhmachermeisters Neppenhagenschen von ihrem neunzehnten Kinde entbunden. Sämtliche neunzehn Kinder entstammen einer Ehe.

Der patriotische Schuhmachermeister hat in seinem Vaterstolz den Reichspräsidenten gebeten, Laupate für das 19. Kind zu stehen. „Hm“, wird Hindenburg zu seinem Sekretär sagen, „senden Sie mal dem Manne eine von den Goldbrandtassen!“ Der klaffenbewusste Arbeiter aber: „Schön dumm bist, Kollege Schuster, soviel Kanonenfutter für einen neuen imperialistischen Krieg in die Welt zu setzen!“

Englische Fliegerin vermißt

Die englische Fliegerin Frau Bruce, die nach dem Fernen Osten fliegen wollte, wird seit einigen Tagen vermißt. Ihr Flugzeug wurde zuletzt in der Gegend von Genoa am Persischen Golf gesichtet. Man befürchtet, daß das Flugzeug ins Meer gestürzt oder an einer abgelegenen Stelle noisgelandet ist.

Ein Polizist aus Rache erschossen

In dem Braunkohlenstädtchen Frechen bei Köln wurde der Polizeiwachmeister Krumm von einem als Wilderer bekannten Bauernknecht erschossen. Die Muttart wird als ein Racheakt angesehen. Der Täter ist flüchtig.

Fünfzehnjähriger Schüler verübt Selbstmord

In Borsteli, d. Altmark hat sich ein 15 jähriger Gymnasiast mit einem Jagdgewehr im Hofe des elterlichen Hauses erschossen. Der Grund zum Selbstmord ist angeblich unbekannt.

Im Schwarzwald schneit's

Der andauernde Temperaturrückgang der letzten Tage hat im Schwarzwald in Höhen über 1000 Meter zum ersten Male Temperaturen unter 0 Grad gebracht. Die Niederschläge fielen als Schnee und schufen eine Schneedecke von ungefähr 10 Zentimetern.

Dreifache Mörderin zum Tode verurteilt

Ihren Mann und Liebhaber vergiftet, erhängt und verbrannt

Wien, 7. Oktober. Unser österreichisches Bruderblatt, die „Nöte Post“, berichtet, daß das Schwurgericht in Königgrätz die dreifache Mörderin Agnes Bittner zum Tode durch den Strang verurteilt hat. Die heute Dreißigjährige heiratete mit 16 Jahren einen zwanzigjährigen Mann, den sie bald überdrüssig wurde, worauf sie ein Verhältnis mit dem Gutbesitzerjohn Gottlieb Risch und zugleich mit dessen 76jährigen Vater anging.

Außerdem verstand sie es, einen 17 jährigen Schneiderlehrling namens Fistera in sexuelle Hörigkeit zu bekommen, und von ihm verlangte sie, daß er ihren Mann erschießen solle. Als

glaublichste: auch diese Untersuchung verlief vollkommen im Sande. Der von Frau Bittner angeführte Mörder verschwand aus der Gegend, kam aber nach einiger Zeit wieder und versuchte von ihr Geld zu erpressen.

Um auch ihn aus dem Wege zu räumen, ludte sie ihn eines Abends in einen Heuschaber,

machte ihn betrunken und zündete darauf den Schuppen an. Anton Ract verbrannte bei lebendigem Leibe.

Erst durch die eifersüchtige Braut des Schneiderlehrlings Fistera, wurden die furchtbaren Mordtaten der Frau Bittner bekannt. Vor Gericht leugnete sie bis zuletzt sämtliche Verbrechen. Doch die Beschuldigungen, die Fistera gegen sie richtete, waren so schwerwiegend, daß das Gericht zu der oben-erwähnten Verurteilung kam.

Die A-J-Z heute neu

der Lehrling sich weigerte, weihte sie die beiden Rischen in ihre Mordpläne ein. Tatsächlich bekam sie von dem alten Risch Arsenik, um ihren Mann zu vergiften.

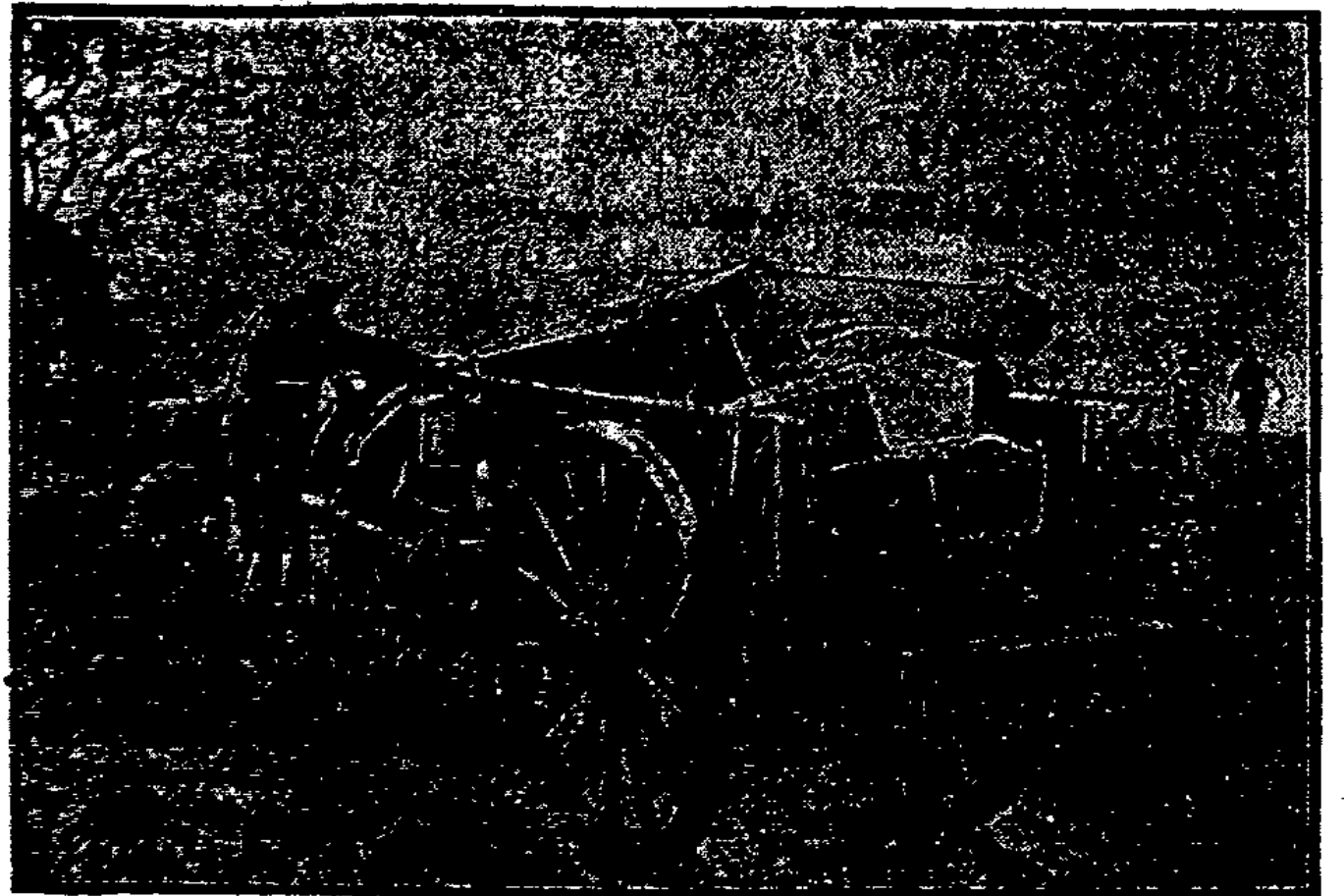
Eines Abends lud sie ihre Liebhaber und mehrere andere Freunde zu einem Festmahl ein, und als die Lustigkeit ihren Höhepunkt erreicht hatte, schüttete sie vor aller Augen das Gift in das Weinglas ihres Mannes, der für einige Augenblicke hinausgegangen war. Der Unglückliche starb vor den Augen der ganzen Gesellschaft eines entsetzlichen Vergiftungstodes.

Die nach dem Tod eingeleitete Untersuchung gegen Agnes Bittner verlief vollkommen ergebnislos, da alle Beteiligten diese graufige Tat leugneten. Die Frau erbt das große Vermögen ihres ermordeten Mannes und zog einige Zeit später zu dem alten Risch. Sie kaufte ihm einen Teil seines Hauses ab. Da sie jedoch ihre Schuld nicht bezahlen wollte, wurde sie von Risch verklagt.

Mit dem jungen Risch hegte sie nun einen Plan aus, um den Alten zu beseitigen und fand als Helfershelfer einen arbeits- und wohnungslosen Handwerksburschen namens Anton Ract, der den alten Risch tatsächlich im Walde erhängte. Das Un-

Die Heimkehr der Indienfahrer

Unser Bild zeigt den Abtransport der aus den Luftschifftrümmern „R 101“ geborgenen Toten. Die Leichen, die in keinem Falle mit Bestimmtheit identifiziert werden konnten, wurden in primitiven Särgen geborgen und mittels Bauernkarren zum Bahnhof gebracht.



Aus der gestrigen Vertreterversammlung der Breslauer SPD.

Hilferding für Annahme der Notverordnung

„Herstellung der Einheitsfront der SPD.-Arbeiter mit den Kommunisten gegen den Faschismus notwendig“ Einberufung eines außerordentlichen Parteitag unter Ausschaltung des Bonzenapparates gefordert

Gestern fand im Gewerkschaftshaus eine Sitzung der Vertreter und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei statt. Hilferding sprach über die Lage und Aufgaben der Partei. Ueber den Verlauf der Sitzung geht uns nachfolgender Bericht eines sozialdemokratischen Arbeiters zu:

Bei dem Eintritt Hilferdings in den Saal wurde nicht applaudiert. Während seinen Ausführungen war Eckstein mehrere Male gezwungen, nach der Mücke zu greifen, da wiederholt Protestrufe laut wurden. Die Ausführungen Hilferdings waren keinesfalls geeignet, die sozialdemokratischen Arbeiter von der Wichtigkeit der Politik ihrer Führer zu überzeugen. Hilferding behauptete, daß die sozialdemokratischen Minister für die Arbeiterschaft die Schicksalsgerichtsbank und den gesetzlichen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung errangen hätten. Von den Abbaumassnahmen und von den richtungsgebenden Taten des Sovering, arbeitserfreundliche Schicksalsprüche für verbindlich zu erklären, erwähnte Hilferding kein Wort. Gegenwärtig stünde die Notwendigkeit der Erhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus im Vordergrund, da die Mehrheit des Parlamentes gegen das Parlament sei. Wenn die Nazis in die Regierung kommen, so würden sie sich wohl blamieren, sie würden aber mit Militärgewalt sich auf alle Fälle in der Regierung halten. Um das zu verhindern, müsse

Vergeßlich mahnten Hilferding und Eckstein, nicht auf die Vergangenheit einzugehen.

Walter Müller erntete harten Beifall, als er erklärte, daß der Kampf der Arbeiterklasse ohne die verurteilten SPD.-Führer geführt werden müsse.

Sommer betonte, daß der Faschismus kommen werde, gleichviel ob „rechte“ oder „linke“ sozialdemokratische Politik gemacht werde, und bezeichnete die Haltung des Sozialdemokraten Jürgel in Berlin am 1. Mai als unerhört.

Die nachfolgenden Diskussionsredner sprachen in derselben Linie gegen Koalition mit den Bürgerlichen, gegen den Parlamentarismus, gegen die Hilferding-Politik und für Stärkung der außerparlamentarischen Kraft des Proletariats. (Währenddessen rauchte Hilferding ruhig seine Zigarre, da für ihn die Fragen schon längst-entschieden sind.)

Pirstein sprach ebenfalls unter hartem Beifall gegen das bestehende Parteistatut, wonach es dem Bonzenapparat, der keine Verbindung mit den Massen hat, möglich ist, allein die Politik der Partei zu entscheiden.

Die Arbeiterklasse wird den Faschismus zurückschlagen können, wenn die SPD.-Arbeiter zusammen mit den Kommunisten eine antifaschistische Einheitsfront aufrichten.

Auf die Dauer wollen die SPD.-Funktionäre nicht mehr Statisten für eine arbeitserfreundliche SPD.-Führung bleiben, da sie die Wahlkatalogen für ihre Partei nicht mehr mit ehrlichem Gewissen betreiben können.

Franold meinte, die Situation sei schwierig und eine Patent-

lösung sei nicht zu finden. Nach diesen Ausführungen verlegte Eckstein auf das Wort. Stope sagte, daß das weitere Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit dem Bürgertum eine Stärkung der Kommunisten zur Folge haben werde. Die Hauptaufgabe ist die Notwendigkeit, den Parlamentarismus wieder herzustellen, da es keinen mehr gäbe.

Aus den Ausführungen Hilferdings sei noch erwähnt: Es sei notwendig, sich mehr um die Jugend zu kümmern, da die SPD. keine Jugend mehr hat. Als Hilferding sagte, die sozialdemokratischen Mitglieder hätten mit Begeisterung Wahlarbeit geleistet, erhob ein einmütiges Gelächter der anwesenden Funktionäre. Das Schlusswort Hilferdings war ein nochmaliger Versuch, die bürgerliche Demokratie zu verteidigen, und gegen jede Diktatur — auch gegen die des Proletariats — Front zu machen.

Krummschmidt und einige andere SPD.-Funktionäre brachten eine Entschließung ein, in der die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag gefordert wird.

Zu diesem Parteitag sollen nur durch die sozialdemokratischen Mitglieder selbst gewählte Delegierte, bei Ausschaltung des Bonzenapparates entsandt werden.

Obwohl Eckstein alles mögliche versuchte, um die Resolution zu Fall zu bringen und zu diesem Zweck dreimal abstimmen ließ, wurde sie dennoch mit starker Mehrheit angenommen.

Für heute begnügen wir uns mit der Veröffentlichung des uns zugegangenen Berichtes. Morgen nehmen wir zu dem Verlauf der sozialdemokratischen Vertreterversammlung ausführlich Stellung. Im übrigen verweisen wir auf den heutigen politischen Teil, in dem zu der gestrigen Vertreterversammlung der SPD. ebenfalls Stellung genommen wird.

die Sozialdemokratie im Reichstag für Erklärung und für die Notverordnung sein, um auf diese Weise „Schlimmeres zu verhüten“. Das sei auch deshalb notwendig, weil die Arbeiterschaft heute nicht über die außerparlamentarischen Machtmittel verfüge, wie es 1920 der Fall war. Die Diskussion war sehr umfangreich und stürmisch.

Melde dich!

- Salomon, Rosen-, Ecke Ottostraße; Anglerheim, Leuthenstraße; Foudlik, Königgräber Straße; Habierschke, Hirsch-, Ecke Bodstraße; Stoschek in Schanisch.

In diesen Lokalen werden Anmeldungen zum „Antifaschistischen Kampfbund“ entgegengenommen. — Arbeiter, Erwerbslose, ohne Unterschied der Partei, schmiedet die Einheitsfront gegen den Faschismus. Melde euren Beitritt in den „Antifaschistischen Kampfbund“!

Schnsucht nach dem Gefängnis

— so dreht es den Proletariern

Der gestrige Polizeibericht meldete: „Unterschlagung. Der 58 Jahre alte Arbeiter Max B. stellte sich am 5. Oktober selbst bei der Polizei, weil er die Stadtmillion am Bodelschwinthweg, für die er Holz an Kunden abzuliefern hatte, um 15 Mark schädigte, indem er die erhaltenen Beträge unterschlug. Er wurde, weil er ohne Wohnung ist, festgenommen, und dem Amtsgericht vorgeführt.“ — Ein Leben, bei dem der Aufenthalt im Gefängnis als Glück erscheint! Ist das nicht schon die Höhe des Elends? Und nach dem Sparprogramm der Brüning-Regierung soll es noch schlimmer werden. Das können und dürfen die Werktätigen sich nicht länger bieten lassen. Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Kämpfe für den Sozialismus!

An unsere Leser im Norden!

Im Stadtteil Odetor findet am Donnerstag, 20 Uhr, im „Bergkeller“, Kleischaustraße, eine wichtige Mitgliederversammlung statt, die die Fragen behandelt: „Der Ausgang der Wahlen und die politische Lage.“ — „Die Bedeutung der Arbeiterpresse.“ — Alle Mitglieder der Partei, der kommunistischen Jugend, der Roten Hilfe und der JAG, sind zur Teilnahme aufgefordert. Auch die roten Wahlhelfer müssen unbedingt erscheinen. Sympathisierende können mitgebracht werden.

An alle in Scheitnig!

Schmiedet die rote Einheitsfront! Donnerstag um 20 Uhr findet im Lokal bei Gante, Herstraße, eine öffentliche Gründungsversammlung des „Antifaschistischen Kampfbundes“ statt. Alle sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter müssen mit den Kommunisten gemeinsam den Kampf gegen den immer frecher werdenden Faschismus aufnehmen. Referent ist Genosse Paris über das Thema „Was ist zu tun gegen die braune Mordpest?“ Arbeiter, Erwerbslose, Werktätige, erscheint zahlreich und reißt euch ein!

Die werktätige Frau und die „Arbeiter-Hilfe“

Am Donnerstag, dem 9. Oktober, 20 Uhr, findet in der „Bratislavia“ (Nebencafé) die öffentliche Mitgliederversammlung der JAG statt, verbunden mit Lichtbildervortrag „Die werktätige Frau und die JAG.“ Alle Mitglieder sind verpflichtet zu erscheinen. Bringt Freunde und Bekannte mit. Der Landesausschuß.

Einer sage es dem andern!

Am Montag wird der neugewählte Reichstag eröffnet werden. Alle Parteien, die da hineinziehen, haben den Werktätigen viele Versprechungen gemacht. Die kommunistische Partei hat bereits einige Anträge gestellt, die unter anderem verlangen: Aufhebung der Notverordnung, Befreiung der Besessenen (Millionäre, Aktienbesitzer u. a. m.), Einstellung der Young-Entschädigungen. Die anderen Parteien werden Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen. „Wo hin treibt Deutschland?“ Diese Frage ist gestellt und muß be-

antwortet werden. „Wo hin treibt Deutschland?“, das ist das Thema der Versammlung, die am Tage der Reichstagsöffnung im „Schiefwerber“ stattfindet. Halte den Abend frei und komme hin!

Verkehrsunfall. Die 17-jährige Hausdame Ursula Vogel aus der Korso-Allee wollte gestern vormittag gegen 11.55 Uhr vor dem Grundstück Korso-Allee 62 auf einen fahrenden Omnibus der städtischen Straßenbahn aufspringen. Sie kam hierbei zu Fall und blieb bewusstlos liegen. Von einem hinzugekommenen Polizeibeamten und einem Kontrollbeamten der Straßenbahn wurde die Verletzte in die elterliche Wohnung gebracht. Der Vater, ein Arzt, stellte bei der Verletzten eine Gehirnerschütterung fest.

Das Ende eines Tanzvergnügens. Am 18. September, gegen 2 1/2 Uhr, kamen ein Herr und eine Dame von einem Tanzvergnügen aus Dömitz. Beide setzten sich auf eine Bank auf dem Oberdamm, um etwas auszurufen. Plötzlich merkte der Herr, daß ihm von hinten ein Strick um die Weine gebunden und derselbe nach hinten gezogen wurde. Es gelang ihm, sich zu befreien. Als der Ueberfallene sich umschau, stand vor ihm ein unbekannter Mann, welcher ihn schlagen wollte. Der Herr zog es vor, sich zu entfernen. Seine Begleiterin wurde von dem Fremden gepackt und ihr die Kleider vom Körper gerissen. Nachdem ihr Widerstand gebrochen war, vergewaltigte sie der Mann und entfernte sich. Der Polizei gelang es, den Täter in der Person des verheirateten, 24-jährigen Schiffers Hermann S. aus Breslau-Dömitz zu ermitteln.

Die neuen Fernsprechanlagen. Das Selbstanschlußamt Norden auf dem Lehmhamm ist jetzt, nachdem die Bauarbeiten schon vor mehreren Monaten ihren Abschluß gefunden hatten, in seinem Innenausbau so weit fertiggestellt, daß Mitte November das Amt in Betrieb genommen werden kann. Auch bei dem Selbstanschlußamt Gabigstraße haben die Arbeiten in den letzten Wochen starke Fortschritte gemacht. Das Amt wird im Frühjahr eröffnet werden.

Straßenperrungen. Wegen Verlegung einer Teermatabande wird die Sprottauer Straße vom 6. bis 18. Oktober für Fahrzeuge aller Art ganzseitig gesperrt. — Wegen Ausführung von Verfüllungsarbeiten wird der über die Wilhelmstraße führende südlich Gehsteig vom 6. Oktober auf die Dauer von etwa vier Wochen gesperrt. — Wegen Ausführung von Kanalisationsarbeiten wird die Striegauer Straße hinter der Unterführung vom 6. bis 16. Oktober für Fahrzeuge aller Art halbsseitig gesperrt.

Kursusabend des Stadtteils Ost. Ein Kursusabend findet am Donnerstag, dem 9. Oktober, bei Foudlik, Königgräber Straße 10, statt. Thema: „Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht?“ Referent Genosse Preiß.

Jungspartiaten Scheitnig-Odetor. Mittwoch von 18 bis 20 Uhr Heimabend Freiheitstraße 2. Treffen sämtlicher Pioniere bei Wolf, Schwendfeldstraße, Brigittental.

Gewerkschaftshaus-Vorstellung. Im Gewerkschaftshaus kann man diese Woche in die „Alpen“ fahren. Bilder vom Matterhorn, Monte Rosa, Lenz Blanche, Nischabel, Breithorn und wie die Berge alle heißen, sind im Alpenfilm in ihrer einzigartigen Natur Schönheit zu einer gewaltigen Sinfonie vereint. In einem anderen Film sind die beiden nordischen Spazmacher zu Gast. Der lange Dünne und der kleine Dicke sind diesmal blinde Passagiere. Unmöglichkeiten und Dummheiten liefern sich förmlich Schlachten. Zwischen beiden Filmen wird diese Woche ein Xylophonkonzert zu hören sein. Diese eigenartige fremde Musik kommt immer wieder den Zuhörer. Die Kinder können die Filmveranstaltungen besuchen. Die Eintrittspreise sind wie immer: Kinder, Erwerbslose und Kleinrentner zahlen 25 Pf., die Mitglieder des Besucherkreises nur 50 Pf., alle anderen Besucher 70 Pf.

Werktätige Frauen! Der 9. November

ist euer Tag. 1000 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands fahren zum 2. Reichstongreß werktätiger Frauen nach dem toten Berlin. Das ist das Ziel!

Arbeiter-Sportklub Breslau. Die für den heutigen Mittwoch, den 8. Oktober, angelegte Kartellversammlung fällt aus und findet Mittwoch, den 15. Oktober, im Gewerkschaftshaus statt.

JAG. 1. Männer-Abteilung. Die Alterssportler spielen am Sonntag, dem 12. Oktober, um 9.30 Uhr gegen Nachbarn im Eichenpark. Am Freitag, dem 10. Oktober, treffen sich die Alterssportler um 20 Uhr in der Turnhalle.

JAG. 7. Frauen- und Mädchen-Abt. Sonntag bei schönem Wetter Treffpunkt früh 1/2 8 Uhr am „Lehnen Keller“ zur Wanderung.

Arbeiter-Sportklub, Kreispresestelle. Sonntag, 12. Oktober, Presseabend von 18 bis 20 Uhr.

SG. Eichenlaub 1910. Sonntag um 9 Uhr bei Priegner, Bergmannstraße 12, Mitgliederversammlung. Funktionäre um 8 Uhr.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schöeller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberschlesien): Ernst Bollweber, Breslau; für Oberschlesien: Fritz Zentgraf, Hindenburg. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau.

Lieblich-Theater. Im Mittelpunkt des Eröffnungsprogramms der Direktion Sagasser steht das Matree-Ballett, die prominenteste deutsche Tanzgruppe, dessen Vorstellungen einen hohen Kunstgenuss bringen. Die beliebten täglichen Nachmittagsvorstellungen bringen das ungelächte Programm.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Donnerstag und Freitag 5 und 8 Uhr

Die Alpen

Auf der Bühne Xylophonkonzert

Pat und Patachon als blinde Passagiere

Kinder haben Zutritt. Kinder, Erwerbslose, Kleinrentner 25 Pfg., Besucherausweis 50 Pfg. und alle anderen Besucher 70 Pfg.

Lieblich

Theater Ruf 346-46 2x täglich 4 Uhr nachm. 8 Uhr abends Internation. Varieté Zeitgemäßer Preisabbau

Wandleihhaus Grundmann Breslau, Trebnitzer Str. 21 Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Getragene Mäntel für Herren und Damen von 5 Mk. an Leihhaus Grundmann Trebnitzer Str. 21

Schuhhaus „Magnet“ Matthiasstraße 18 Spezialhaus für gediegene Schuhwaren

Parteien genossen! Beachtet bei allen Entwürfen immer nur unsere Inserenten!

Waldenburger Bergland

Vollenhainer Stadtverordneten-Versammlung

im Zeichen des bankrotten kapitalistischen Systems

Nach monatelanger Pause fand endlich wieder mal eine Stadtverordnetenversammlung statt, die sich mit elf Tagesordnungspunkten befaßte. Dem ersten und zweiten Punkt wurde debattelos zugestimmt. Punkt 3: „Erhebung einer 13. Monatsrate der Grundvermögens- und Gewerbesteuer infolge Fehletat des Jahres 1929“ (es fehlen 14.500 Mark), löste eine längere Debatte aus. Nazi-Ghutsch ergründete etwas vom Young-Plan, konnte aber keinen Vorschlag machen, die Gelder anderweitig aufzubringen. SPD-Schwachla wollte erst den Etat von 1930 wissen, ehe er zustimmen könne. Genosse Müller wandte sich gegen die Einführung dieser Steuer, da selbige die wertschöpfende Masse abnimmt. Er schlug vor, alle Gehälter der städtischen Beamten, die über 4000 Mark betragen, auf 4000 Mark herabzusetzen. Mit den Stimmen der SPD, KPD und der Nazis wurde die 13. Monatsrate abgelehnt. Für den Antrag des Genossen Müller, die Beamtengehälter abzubauen, stimmte Genosse Müller allein. Punkte 4 bis 7 wurden debattelos angenommen; es handelte sich um Geländeankauf, Schiedsmannwahl und dergleichen. Punkt 8: Aufgabe der Arbeiterwohnheim im ev. Schulgebäude, förderte das christliche Verhalten des ev. Kantors Krause zutage. Dieser Herr hat die Stadt in bezug auf die Wohnung verklagt, so daß die Stadt zu 100 Mk. Strafe verurteilt wurde. Nun besteht aber ein Vertrag aus dem Jahre 1880; nach diesem muß die Stadt eine Entschädigung von 275 Mk. an die Kirche zahlen. Gen. Müller bekämpfte diesen Vertrag und die Zahlung von 275 Mark aus schärfste. Er zog sich wegen der Anpreisung eines Ordnungsrufes zu. Punkt 9, Erbbaurecht für das Reichshaus, wurde angenommen. Bei Punkt 10 zeigte sich, daß die Erwerbslosen und Ausgesteuerten wieder einmal auf Blatteis gefetzt worden sind. Schon jahrelang baut man einen Sportplatz, jetzt im Herbst sollte bestimmt begonnen werden. Nun teilt der Magistrat mit, daß es ihm nicht gelungen sei, Geld zu beschaffen; man will jetzt versuchen, sich an die „Produktive Erwerbslosenfürsorge“ zu wenden, um von dort Geld zu erlangen. Mit den vorerwähnten Konstellationenarbeiten will man noch ein bißchen warten, bis der Schnee eineinhalb Meter hoch liegt. So sorgt die Vaterstadt für ihre Opfer. Unter Punkt 11 lagen drei von Genossen Müller gestellte Anträge vor. Der erste forderte die Ablehnung der von der Brüning-Regierung beschlossenen Notverordnungen. Genosse Müller begründete ausführlich diesen Antrag. Nazi-Ghutsch wollte ebenfalls gegen die Notverordnung sein; das gleiche tat SPD-Schwachla. Als aber der Bürgermeister einen Schreckschuß abfeuerte, indem er erklärte, daß, wenn der Antrag zur Annahme gelange, die Regierung eingreifen würde, da müssen die Nazis und Sozialisten feige, und verhalten durch Stimmhaltung dem Antrag zur Ablehnung. Für den Antrag stimmte nur Genosse Müller. In der gleichen Weise verfiel der zweite Antrag der Ablehnung, welcher besagte, bei der preussischen Regierung Protest gegen den Erlaß einzulegen, der den Beamten verbietet, Mitglied der KPD zu sein. Ebenso wurde der dritte Antrag mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt, in welchem Genosse Müller verlangte, die Einladungen zu den Sitzungen zu beiseitigen und jeden Wähler zu den Sitzungen zuzulassen. Ein Antrag des ADGB-Ortsausschusses zwecks Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose wurde dem Magistrat überwiesen, das heißt er kommt in die Versammlung.

Zur Verteilung von 20.000 Mark für Erwerbslose und Ausgesteuerte wurde eine Kommission, bestehend aus Fiedler (SPD), Müller (KPD), Ghutsch (Nazi) und Vogt (bürgerlich) gewählt. Die

20.000 Mark sollen noch beschafft werden. Schwachla (SPD) hat die 20.000 Mark vorgeschlagen, bisher aber keinen Weg gezeigt, woher nehmen. Genosse Müller hat als Ausweg in vorliegender Sitzung beantragt, eine Wohnungsluzussteuer einzuführen und in heutiger Sitzung den Antrag wiederholt. Der Antrag ist angenommen, jedoch drückt man sich um die Ausführung herum. Ein von den Bürgerlichen vorgelegtes Protestschreiben an die preussische Regierung zwecks sofortiger Besichtigung der neugewählten Magistratsmitglieder (man hat ausgesetzt Müller (Nazi)) wurde vom Magistrat und den Stadtverordneten gesondert abgestimmt. Der Magistrat stimmte einstimmig — also auch mit den Stimmen der SPD — dem Schreiben zu. Die SPD verlangt also von ihrer Regierung, daß Nazi-Müller so schnell wie möglich in Amt und Würden gesetzt wird. Die Stadtverordneten stimmten mit 10 gegen 8 Stimmen dem Schreiben zu; dagegen stimmten KPD und SPD.

Der Verlauf dieser Sitzung hat wieder einmal ganz eindeutig gezeigt, daß der Bankrott des kapitalistischen Systems unaufhaltsam ist und nur die SPD die Interessen der Werktätigen vertritt.

Landeshut Kollege Haasler schwer verunglückt

Ein schrecklicher Unfall ereignete sich am Freitagabend auf der Kunststraße Pfaffenbergs-Landeshut. Der Dienstreifer Artur Haasler von hier fuhr mit seinem Fahrrad auf einen dort stehenden Leer-

Wieder ein Todesopfer für den Profit!

Explosion im Stützwerck

Gestern Abend gegen 21 Uhr explodierte in dem Stützwerck am dem Jährlich Bleichen Dampfschiff im Waldenburger Neuler ein Stützwerck, wobei der Schloffer Baasler aus Sandberg getötet und vier weitere Arbeiter in der sehr geräumigen Halle, in der viele Menschen arbeiten, verletzt wurden bzw. Gasvergiftungen erlitten. Durch die mit großer Gewalt umherfliegenden Maschinenteile entstanden außerdem Dachbeschädigungen. Man vermutet, daß ein Mangelbruch die Ursache des Unglücks sei.

Die für den gestrigen Dienstag angekündigte Massenkundgebung mußte wegen Notfallschwierigkeiten auf Freitag verlegt werden.

wagen vom Straßenrand, daß er bestimmungslos liegen blieb. Durch einen vorbeifahrenden Kutscher wurde er ins hiesige Frei-Krankenhaus gebracht, wo doppelter Schädelbruch festgestellt wurde. Am Sonnabendmorgen ist der Verunglückte seinen schweren Verletzungen erlegen. Kollege Haasler war Mitglied der Baugewerkschaft Landeshut und wegen seiner ehrlichen Bestimmung bei allen Kollegen beliebt.

Da auf derselben Straße und mit demselben Leertwagen schon ein Zusammenstoß, ebenfalls mit tödlichem Ausgang, erfolgte, fordern wir sofortige Untersuchung. Wir fordern weiter, daß die Wagen von der Straße verschwinden und neben der Straße abgestellt werden.

Der prügelnnde Lehrer und sein Rektor

Man schreibt uns aus Landeshut: In einer der letzten Nummern der „Arbeiter-Zeitung“ beschäftigten wir uns mit dem Prügelpädagogen Lehrer Kunid. Neben der öffentlichen Brandmarkung dieses Erziehers wandten wir uns durch unseren Genossen Pöhl, der Mitglied des Elternrates ist, an den Rektor der Schule. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Bei dem Unterzeichneten als Mitglied des Elternrates erschien heute der Stadtverordnete Bräuner in Begleitung des elfjährigen Schülers Herbert Busch und seiner Mutter und erklärten, daß der Schüler Herbert Busch heute früh in der ersten Schullunde vom Herrn Lehrer Kunid mit einem Gabelnussstod in der Stärke eines Spazierstodes, welchen er angeblich extra für ihn mitgebracht hatte, geschlagen wurde. Oberhalb des Gesäßes, unterhalb des Rückens, weist der Körper zwei Schmielen auf. Die Stellen sind, wie ich mich selbst überzeugt habe, angeschwollen und blau. Das Kind hat, wie es angibt, beim Geben Schmerzen. Die Juchigung erfolgte, da der Schüler im Schreiben zurückbleibt, obwohl die Mutter sich Mühe gibt, zu Hause Nachhilfestunden zu geben. Ich halte dies für keinen Grund, den Schüler derartig zu züchtigen, wie ich überhaupt gegen jede Prügelstrafe bin, und bitte Sie, sich von Vorstehendem zu überzeugen und zu veranlassen, daß der betreffende Lehrer verwarnt wird. Ueber den Ausgang der Angelegenheit bitte ich um Ihre gefl. Nachricht. Hochachtungsvoll gez. Hermann Pöhl.“

Auf dieses sachlich gehaltene Schreiben ging nun folgende schulmeisterliche Antwort ein:

„Der Elternrat ist nach den Satzungen für Elternräte vom 5. 11. 19 keine Beschwerdebefugnis. Seine Tätigkeit erstreckt sich nach § 5 der Satzungen auf Wünsche und Anregungen aus dem Elternkreis, soweit sie über den Einzelfall von allgemeiner Bedeutung sind. Da es sich hier um eine Beschwerde und zweitens um einen Einzelfall handelt, sind die Erziehungsberechtigten an den vorgeschriebenen Beschwerdeweg gebunden. Es ist in jedem Falle ratsam, sich zunächst an den betreffenden Lehrer selbst zu wenden, um den Fall zu klären. Sollte die Aussprache zu keinem Ergebnis führen, so steht dem Erziehungsberechtigten selbstverständlich jederzeit der Beschwerdeweg zunächst an den Rektor der Schule, sodann im weitergehenden Falle an den Herrn Schulrat offen. Die Feststellung eventueller gesundheitlicher Schädigungen ist Sache des Herrn Schularztes oder eines anderen beamteten Arztes. Ich bitte, die Mutter des Schülers in diesem Sinne aufzuklären.“

gez. Ueberbach, Rektor.“

Ohne mit einer Silbe auf den Kern des Schreibens unseres Genossen einzugehen, versucht dieser Bildner, den Beschwerdeführer zu schulmeistern. Nun, wir Kommunisten werden uns weder durch Satzungen noch andere „Erziehungsmethoden“ davon abhalten lassen, das zu tun, was wir für richtig halten. Wenn der Herr Rektor eben auf unsere Schreiben in Zukunft weiter so zu antworten gedenkt, dann werden wir noch mehr als bisher in der Öffentlichkeit, in Versammlungen und in der Presse die Beschwerden der Eltern anbringen. Arbeiterkämpfer kämpfen mit uns gemeinsam gegen dieses System!

Niederschlesien

Görlitz

Wann muß Tariflohn gezahlt werden?

Der Magistrat einer schlesischen Stadt beschäftigte einen aus-gesteuerten Erwerbslosen mit Straßenarbeiten in einem Siedlungs-gelände und bezahlte ihn nach dem Tarif für Tiefbauarbeiter mit 73 Hm. 75 Pf. je Arbeitsstunde. Der Arbeiter war schließlich auch beim Abruch einer baufälligen Scheune tätig, deren Material als Bodlager für den Straßenbau verwendet wurde. Die Forderung des Erwerbslosen, für diese Arbeit nach dem Bauarbeitertarif, der einen Stundenlohn von 83 Pf. vorsieht, entlohnt zu werden, lehnte der Magistrat ab. Die Folge war eine Klage vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung der Differenz zwischen dem Tiefbau- und dem Bauarbeitertarif im Betrage von 9,60 Mark, die dem Kläger in der ersten Instanz auch zugesprochen wurden. Vor dem Berufungsgericht, das die Stadtgemeinde anrief, machte der Beklagte geltend, daß die Bezahlung von Erneuerungs- und Renovationsarbeiten nach dem für allgemeinverbindlich erklärten Bauarbeitertarif ausgeschlossen sein solle. Der Abruch der Scheune ist eine Tiefbauarbeit, weil sie in gewissem Zusammenhang mit dem Straßenbau stehe. Der Kläger ist deshalb nach dem Tiefbautarif mit 73 Pf., später mit 75 Pf., je Stunde zu Recht entlohnt werden. Der Bauarbeitertarif spielt hierbei keine Rolle.

Die Gegenseite vertrat den Standpunkt, daß das Arbeitsverhältnis, das nicht gelöst worden sei, die höhere Bezahlung nach dem Bauarbeitertarif bedinge, wenn dem Kläger innerhalb dieses Verhältnisses eine schwerere und gesundheitsgefährlichere Arbeit zugewiesen wird. Es ist überall gebräuchlich, Arbeiter nach dem Tarif zu bezahlen, das heißt, dem Arbeiter nach dem Tarif, der für die Arbeiten, die er gerade verrichtet, gilt, zu entlohnen. Der Kläger hat die Straßenbauarbeiten angegeben und Abrucharbeiten verrichten müssen, die nunmehr nach dem Bauarbeitertarif zu bezahlen sind. Das Gericht hielt diese Argumente für richtig und wies die Berufung der Beklagten lösenpflichtig ab. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Arbeitsverhältnis nicht gelöst wurde, als der Kläger mit den Abrucharbeiten beschäftigt wurde. Er mußte deshalb nach dem Bauarbeitertarif entlohnt werden. Sein Anspruch befinde daher zu Recht.

Glogau

Codesurteil bleibt wegen Versäumnis der Revisionsfrist bestehen

Am 24. Juni hatte das Schwurgericht in Glogau den 29 Jahre alten Maurer Karl Meusel aus der Uchepolnowski wegen verurlichter Notzucht und Mordes zum Tode und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Mörder war als Bandenführer ungenügend. Am 8. April wurde in einem Sandloche in Bühlstein, Kr. Glogau, die Leiche der 16 Jahre alten Bandenwirtschafterin Gertrud Hübnert aufgefunden. Die S. war erwischt worden. Die Leiche warf der Täter,

mit Steinen beschwert, in den Graben. Der Mörder hatte vor dem Morde versucht, das Mädchen zu vergewaltigen.

Mangel wurde bald darauf als Täter ermittelt und er legte auch in der Hauptphase ein Geständnis ab. Nach der Verurteilung hatte M. die Frist zur Begründung der eingelegten Revision nicht innegehalten. Hinterher stellte er den Antrag auf Einsetzung in den vorigen Stand. Das Reichsgericht hat nunmehr dieses Gesuch des Verurteilten und die Revision durch Beschluß verworfen. Das Urteil ist somit rechtskräftig.

Greiftenberg

Wir warnen vor einem Schwindler!

Alle Ortsgruppen warnen wir hiermit vor einem Moritz Kupfermeyer alias Paul Müller, der mit einem gefälschten Ausweis der Unterbezirksleitung Jüßka i. Sa. bei Genossen versucht Unterkunft zu finden, um sie dann zu bestehlen. Bei seinem Austausch sind ihm die Papiere abzunehmen. Personalbeschreibung: 20 bis 22 Jahre alt, trägt blauen Manchesteranzug und kurze Hose.

Aus dem Riesengebirge

Der Hirschberger Wechselfälcherprozess

Am Montag begann vor dem Hirschberger Schöffengericht das Verfahren gegen Baumeister Alfred Weise aus Jannowitz wegen Betruges und gegen dessen Buchhalter Hugo Winter wegen Beihilfe. Der Angeklagte Weise schilberte zu Beginn seinen Lebenslauf. Er führte aus, daß er während der Kriegszeit das Baugeschäft lange in Kudofstadt geleitet, und daß er nach Kriegsschluß mit geringem Betriebskapital ein eigenes Baugeschäft angemacht habe. In der Inflationszeit habe er ein eigenes Sägewerk gebaut. Bei Einführung der Goldwährung habe sein Vermögen 60.000 Mark betragen. Als ihm die Mittel knapp geworden seien, habe er angefangen, mit Wechselfälchern zu arbeiten. Er hätte sich wohl Blankowechsel geben lassen, doch hätte er niemals die Akzeptanten über die Höhe der einzuliefernden Wechselbeträge im unklaren gelassen. Als er 1928 erhebliche Verluste bei Bauten gehabt habe, u. a. beim Wiederaufbau der Hantle-Mühle in Jauer 70.000 Mark, sei er in Konkurs geraten.

Zuchthaler Winter behauptete, daß eine ordnungsgemäße Buchführung nicht bestanden habe, und daß es auch schwer gewesen sei, Ordnung zu schaffen, da er von Weise nur unregelmäßig und unzureichend Unterlagen über Geschäftsvorfälle erhalten habe. Ein Wechselbuch sei überhaupt nicht vorhanden gewesen.

Anschließend begannen dann die Vernehmungen aus der Reihe der über hundert Zeugen. Im ersten Falle, dem des Maurerpoliers Kubner, sollte Weise auch viel höhere Beträge in die Blankowechsel eingetragen haben, als ihm bewilligt worden waren. Die nächsten Zeugen bekundeten immer wieder Fälle, in denen Weise die Blankowechsel mit einem erheblich höheren Betrage in Umlauf gesetzt hatte, als abgemacht worden war.

Der Ausbeuter Schwarzbad am Pranger

Krusdorf. Wir wollen hier einmal den Inhaber des Tiefbau-geschäfts Schwarzbad in Schmiedeberg im Riesengebirge etwas näher beleuchten.

Dieser Herr erdreistet sich, den Arbeitern pro Meter Drainage bei 90 Zentimeter Tiefe 20 Pfennig pro Stunde anzubieten. Als nun die Arbeiter bei ihm vorstellig wurden und ihm Klipp und Klar erklärten, mit diesem Lohn sei es unmöglich auszukommen, da erwiderte er: „Ihr müßt euch etwas rühren, da könnt ihr auch mehr verdienen!“ Die Arbeiter forderte er vom Arbeitsamt Hirschberg an. Die Gemeinde sah sich genötigt, alte Männer von 50 bis 60 Jahren nach der Arbeitsstelle zu senden. Also mußten diese alten Männer, von denen etliche kein Fahrrad besitzen, oft einen Weg von über zwei Stunden zu Fuß gehen. Nach dem Gesundheitszustand befragte man die Proleten nicht. Unter anderem mußte auch einer, der eine schwere Operation hinter sich hatte, diesen Weg zurücklegen. Die Folge davon ist, daß dieser arme Prolet jetzt wieder schwer krank danieder liegt. Ein Arbeiter, der einmal eine Auseinandersetzung mit Herrn Schwarzbad hatte, wurde einfach entlassen. Einen anderen Arbeiter, der die Woche 91 Meter geschachtet hatte, entließ man wegen ungenügender Leistung. Herr Schwarzbad schreckte auch davor nicht zurück, seine Arbeiter mit einem Stock zu bedrohen. Es wäre an der Zeit, daß sich die Arbeiter auflehnen gegen solch eine Tyrannei. Reicht euch ein in die KPD, die allein die Interessen der Arbeiter vertritt und den armen Proleten ein erträgliches Dasein schaffen will.

Die Nazis werden immer frecher

Schmiedeberg. Am Sonntag fand im Lokal Fiebig die Unterbezirkskonferenz vom Unterbezirk Riesengebirge statt. Kurz vor Schluß der Konferenz erschienen in dem Tagungssaal 70 bis 80 Nationalsozialisten und versuchten in den Raum, wo die Konferenz tagte, einzudringen, wurden aber von den Konferenzteilnehmern zurückgedrängt. Die Hitlerbanditen forderten von unseren Genossen die Erklärung, daß sie den Kampf gegen den Nationalsozialismus ab sofort einstellen! Inzwischen waren die Schmiedeberger Genossen und Arbeiter von diesem Ueberfall unterrichtet und alarmiert worden. Und nun ging man daran, diesen frechen und rauschigen Galanten eine proletarische Antwort zu erteilen. Diese Burlesken haben hierbei das Laufen gelernt. Sie werden sich hoffentlich nicht mehr erdreisten, den Versuch zu unternehmen, kommunistische Veranstaltungen zu überfallen.

Dieser Vorfall muß unsere Parteiorganisation veranlassen, alle Vorkehrungen zu treffen, daß unsere innerparteilichen Veranstaltungen genügend geschützt werden.

Massenagitation! Der Terror der Nazibanditen nimmt von Tag zu Tag stärkere Formen an, und das deshalb, weil diese durch das Verhalten der Polizei- und Justizorgane dazu ermuntert werden. Arbeiter, die sich gegen den Naziterror wehren, werden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, während die tatsächlichen Mordtaten den Schutz der staatlichen Organe genießen. Diesem frechen Treiben der Justiz muß die Arbeiterschaft Einhalt gebieten, und zwar dadurch, daß sie massenhaft dem Kampfbund gegen den Faschismus beiträgt. Nur der wehrhafte Massenkampf wird diesem faschistischen Gesindel das Handwerk legen.

Oberschlesien

Protestkundgebungen des Kommunistischen Jugendverbandes gegen Terror und Klassenjustiz

Am Freitag, dem 3. Oktober, und am Sonnabend, dem 4. Oktober, rief der KJ.V. in Hindenburg und Mikulitzsch zu Protestkundgebungen gegen den Prozeß gegen elf Jungkommunisten in Leipzig, sowie gegen das Terrorurteil der Pilsudski-Herrschaft gegen drei polnische Arbeiter in Biala auf.

Die Ausführungen der Referenten, die die Methoden aufzählten, mit denen die Arbeiterklasse niedergedrückt werden soll, wurden durch Psalmen auf das bestehende System unterbrochen. Mit dem Ergebnis, den Kampf der KPD. und des KJ.V. mit allen Kräften zu unterstützen, wurden folgende Protestresolutionen einstimmig angenommen und beschlossen, dieselben an das Reichsgericht in Leipzig und an das polnische Konsulat in Weuthen zu senden:

Protestresolution an das Schwurgericht Leipzig

Die in Hindenburg auf dem Reigensteinplatz und in Mikulitzsch auf dem Marktplatz versammelten Arbeiter protestieren auf das schärfste gegen den Versuch des Schwurgerichts in Leipzig, 11 junge Arbeiter, die durch Spitzel und Provokatoren vor die Schranken des Gerichts gezerzt wurden, in die Gefängnisse und Zuchthäuser wandern zu lassen.

Die Schuld an den Zusammenstößen in Leipzig liegt auf der Seite des Leipziger Polizeipräsidenten, das auf provokatorische Art und Weise versuchte, unter den aus ganz Deutschland aufmarschiereten Jungarbeitern ein Blutbad anzurichten.

Dieser Prozeß ist nicht nur ein Versuch, die zwei durch ihre eigene Schuld geisteten Polizeioffiziere zu rächen, 11 Jungarbeiter auf Jahre hinaus hinter Kerlermauern zu bringen, sondern ein Prozeß der Ausbeuter und Unterdrücker gegen die Arbeiterklasse und ein besonderer Vorstoß gegen den KJ.V., der als Führer des Jungproletariats in die Illegalität gedrängt werden soll.

Die Arbeiter aus diesen beiden Orten geloben, in verstärktem

Maße den Kampf gegen die Klassenjustiz, für die Befreiung aller politischen Gefangenen und damit zugleich für den Sturz des kapitalistischen Systems zu führen und die Diktatur der Arbeiter und Bauern aufzurichten, die die beste Voraussetzung ist, die Arbeiterklasse aus der Not, Unterdrückung und dem Elend herauszuführen.

Protestresolution gegen das Todesurteil gegen drei polnische Arbeiter in Biala

Die in Hindenburg auf dem Reigensteinplatz und in Mikulitzsch auf dem Marktplatz versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von dem neuen an 3 polnischen Arbeitern aus Biala durch das Pilsudski-Regime vorgenommenen Terrorurteil und protestieren auf das schärfste gegen diese unerhörten Maßnahmen an Arbeitern, die für die Interessen und die Freiheit des gesamten Proletariats kämpfen.

Dieses Terrorurteil der polnischen Bourgeoisie zeigt den unverwundlichen Haß der Ausbeuter gegenüber der Arbeiterklasse und damit zugleich den Versuch, die kulturelle Entwicklung des Proletariats zurückzuschlagen.

Die Versammelten geloben, trotz der durch das kapitalistische System bestehenden Landesgrenzen, den Kampf ihrer Arbeitsbrüder jenseits der Grenzen mit allen Kräften zu unterstützen, und verlangen sofortige Freilassung der zum Tode durch den Strang verurteilten 3 polnischen Arbeiter, und werden in verstärktem Maße dieses stuchelabene System so lange bekämpfen, bis die Herrschaft der Arbeiter und Bauern auf dem ganzen Erdball errichtet und die Macht der Unterdrücker und Ausbeuter gebrochen ist.

Werttätige Frauen und Männer, arbeitende Jugend! Erhebt überall massenhaft stammenden Protest gegen die deutsche Klassenjustiz und den Pilsudski-Terror in Polen. Keine Betriebsversammlung, keine Versammlung der Gewerkschaften usw. darf vorübergehen, ohne daß man nicht zu den obigen Fragen Stellung genommen hat.

ber in der Presse veröffentlichten Meldung über die vom 1. Oktober bis 31. Dezember zu verfallenden fünf Feiertagen.

Sie protestiert auf das schärfste gegen dieses Vorhaben der Hauptverwaltung, da die Belegschaft ohnedies schon wegen den bereits verfallenen sechs Feiertagen mit 25 bis 50 Mark monatlich geschädigt ist.

Die Belegschaft erklärt sich für die 42-Stunden-Woche, jedoch nur bei vollem Lohnausgleich und 15 Prozent Lohnerhöhung, da der Lebenshaltungszindex nicht im Einklang mit unserem Verdienst steht.

Die Belegschaft ist gewillt, sich mit ganzer Kraft für die hier aufgestellten Forderungen einzusetzen.

Die Belegschaft des RAB. 2 (Lohwerk), Gleiwitz.

Die Reformisten fanden nicht den Mut, dagegen zu stimmen, auch nicht Stimmhaltung zu üben. Die Kollegen in den anderen Dienststellen müssen hierzu gleichfalls Stellung nehmen. Die Verhandlungen, welche am Schluß des vorigen Monats zwischen den Gewerkschaften und der Reichsbahnhauptverwaltung stattgefunden haben, haben als Ergebnis mit sich gebracht nicht nur Feiertagen, sondern nach den Ausführungen des Direktors Kühne sollen auch noch 1000 Eisenbahner entlassen werden, und zwar 800 aus den RAB. 3 und 200 aus den RAB. 2.

Die RAB. 2 hat schon dauernd darauf hingewiesen, daß die reformistischen Gewerkschaftszweige nichts dagegen tun wollen (sie saufen nur wie Kontrwitsch und Laugisch). Den Kampf um Brot und Arbeit führt nur die RAB. ganz allein. Deshalb, Kollege, werde auch du Anhänger der RAB. 2, und unterstütze sie durch regelmäßigen Kauf von Aktionsfondsmarken.

Hindenburg

Nationalisierungskommissar Rilling im Ausland

Im Anschluß an seine Teilnahme an der Tagung des Deutschen und Preussischen Städtetages hat Stadtrat Dr. Rilling eine Auslandsreise unternommen und weilte gegenwärtig in Paris, um dort die kommunale Verwaltung zu studieren und an der Universität Vorlesungen zu hören. Nach seiner Rückkehr soll Dr. Rilling im Auftrage des Städtetages ein Musterstatut für die Finanz- und Kasernenverwaltung für den Oberschlesischen Städtetag ausarbeiten.

Die Steuerzahler von Hindenburg müssen das Gehalt für Stadtrat Rilling aufbringen, während er in der Welt umherbummelt. Wir erinnern nur an die Reise nach Rom, wo R. ohne Auftrag der städtischen Körperschaften an der internationalen Wohnungsausstellung teilnahm, und die Stadt für vorausgelagtes Eintrittsgeld und weitere kleine Ausgaben an ihn 100 Mark zurückerstatten mußte. Rilling ist wirklich eine entbehrliche Kraft für Hindenburg, und sein Verschwinden aus der hiesigen Kommunalverwaltung würde von den kleinen Beamten und Angestellten nur begrüßt werden, da R. unter ihnen als Nationalisierungskommissar bekannt ist. Für die kleinen Beamten und Angestellten hat er nie etwas übrig gehabt, nur auf sich war er bedacht.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Zahlung des Gehalts, weil man doch nicht den Steuerzahlern zumuten kann, daß von ihren abgedarbteten Steuergroschen Leute in der Welt umhergondeln und den „Herrgott“ einen guten Mann sein lassen.

Cosel

Fahnenenthüllung!

Am Sonntag, dem 12. Oktober, um 9 Uhr, findet in Kesselwitz und Kosel eine Fahnenenthüllung statt. Pflicht aller Ortsgruppen wird es sein, an dieser Fahnenenthüllung teilzunehmen. Der Sammelort für alle Teilnehmer ist Kesselwitz, Gasthaus Sajan's. Arbeitsgebietsleitung Kosel.

Oppeln

Gegen die Brüning-Notverordnung

findet am Freitag, dem 10. Oktober, 20 Uhr, im alten Schützenhaus eine

Protestversammlung

Katt. Werttätige Frauen und Männer, erscheint recht zahlreich! Kommunistische Partei Einheitsverband der Eisenbahner (Opposition) Ortsgruppe Oppeln.

Auf zur Freidenkerversammlung!

Freitag, den 10. Oktober, 19.30 Uhr, findet im kleinen Zimmer des alten Schützenhauses eine Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Die faschistische Gefahr und die Freidenkerbewegung.
2. Vorbereitungen für den Lichtbildvortrag des Gestaltungsfreundes Theodor Meenen-Dresden über „Indien, eine sich wandelnde Welt“ am 19. Oktober in Oppeln.

Wir erwarten vollzähliges Erscheinen. Der Vorstand.

Unfälle in den letzten Tagen

Am Sonnabend verunglückte ein Mädchen, das eine Ente schlachten wollte, infolgedessen sehr schwer, daß sie mit einem anderen Mädchen mit offenen Messern „Scherz“ trieben. Hierbei verunglückte das Mädchen so schwer, daß es sich eine fast dreizehn Zentimeter lange, breite Wunde zuzog. Es erhielt schnellstens einen Notverband und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. — Am gleichen Tage spielte sich eine Familientragödie ab. Ein Ehemann aus Rgl.-Neudorf mißhandelte seine Frau so schwer, daß dieselbe mit mehreren Kopfwunden nach der Klinik S o s t e i n transportiert werden mußte. — Am Montag, dem 6. Oktober, verunglückte ein Fräulein von der Falkenberger Straße beim Pantieren mit einer Glasflasche. Es zog sich eine schwere Schnittwunde zu und mußte in das Krankenhaus geschafft werden. — Am gleichen Tage verunglückte ein Arbeiter aus dem Ausbesserungswert Oppeln. Mit einem Antriebsband wurde der Berührung zum Arzt und dann ins Krankenhaus geschafft. In allen Fällen erfolgte die erste Hilfeleistung und der Abtransport durch die Unfallwache der Arbeiter-Samariter.

Für die streikenden Gleiwitzer Wohlfahrtsarbeiter

Der hiesige Ortsgruppenvorstand der ZAG. hat an die Streikleitung der Gleiwitzer Wohlfahrtsarbeiter 25 Mark zur Unterstützung des Kampfes überwiesen.

Wir fordern an dieser Stelle nochmals die Arbeiterchaft auf, praktische Solidarität zu üben und die Sammlungen der ZAG. zu unterstützen.

Berufungsverhandlung gegen den Bezirksleiter des KJ.V. Genossen Bogdal

Gleiwitz. Die Justizpressestelle beim Landgericht Gleiwitz teilt mit, daß am 14. Oktober d. J., 11.30 Uhr, vor der 1. Strafkammer des hiesigen Landgerichts die Berufungsverhandlung gegen den Bergarbeiter Bogdal aus Gleiwitz wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz stattfindet. Der Angeklagte, der Bezirksleiter des kommunistischen Jugendverbandes, Bezirk Oberschlesien, ist, ist vom hiesigen Schöffengericht wegen öffentlicher Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt worden.

Wie aus der Mitteilung der Justizpressestelle ersichtlich, handelt es sich hier um Vorgänge, die sich am 30. Mai dieses Jahres abgespielt haben. Die Faschisten hatten an diesem Tage eine Kundgebung abgehalten, und die Arbeiterchaft antwortete mit einer Gegenkundgebung. Der Bezirksleiter des kommunistischen Jugendverbandes, Genosse Bogdal, sprach auf der Kundgebung der Klassenbewußten Arbeiterchaft und forderte in seiner Rede die Arbeiterchaft auf, dem faschistischen Terror mit einem wehrhaften Massenkampf zu begegnen. Wegen dieser Rede ist gegen B. Anklage erhoben worden, und vor dem hiesigen Schöffengericht ist B. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und sofort vom Gerichtssaal aus verhaftet worden. Der Genosse Bogdal legte gegen dieses Terrorurteil Berufung ein und mußte demnach bis zur Berufungsverhandlung als Untersuchungsgefangener behandelt werden. Aber weit gefehlt! Die Bearbeitung der Berufung lag in den Händen des fasschistisch bekannten Landgerichtsdirektors Heinze. Ein von Rechtsanwalt Lichtenstein gestellter Gastentlassungsantrag wurde von ihm abgelehnt. Eine Beschwerde des Genossen Bogdal wegen schändlicher Behandlung

wurde mit Besuchsverbot beantwortet. Von den Lebensmitteln, die man brachte, wurde nur etwas Butter und Käse hereingelassen. Erst auf Beschwerde und Antrag des Rechtsanwalts Lichtenstein wurde der Besuch am Dienstag gestattet. Obwohl Genosse Bogdal Untersuchungsgefangener ist, wurde verboten, ihm Arbeiterzeitungen zu bringen, desgleichen wurde ihm auch die Aushängung proletarischer Literatur verboten. Selbst ein wissenschaftliches Buch von Dr. H i r s c h e l d wurde vor ungefähr sechs Wochen bis vor wenigen Tagen zurückgehalten, und der Genosse B. erhielt dieses in einem beschmutzten und beschädigten Zustand auf vielfachen Protest ausgehändigt. Briefe, die er an seine Freunde schrieb, wurden nicht ausgehändigt, selbst auch ein Brief an die Bezirksleitung der kommunistischen Partei wurde unterschlagen. Der Verantwortliche für all diese Schikanen ist Heinze, der ja auch den Besuchern die Erlaubnis verweigerte.

Die Arbeiterchaft, vor allem die Jungarbeiter, muß massenhaft gegen das brutale Urteil noch vor der Verhandlung erneut schärfsten Protest erheben. Während die faschistischen Redner blutrünstige Hejren in ihren Versammlungen gegen die revolutionären Arbeiter halten, die ihre Wirkungen nicht verschlehen — Arbeiter werden überfallen von diesen Morbbuben, schwer mißhandelt, erschossen und erschossen —, sperren man Kommunisten, die sich gegen diesen Naziterror wehren, ins Gefängnis. Deswegen ist der Kampf gegen die Klassenjustiz zugleich ein Kampf gegen den Faschismus und den bürgerlich-kapitalistischen Staat, mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats in Deutschland zu errichten.

Schafft Arbeiterinnen-Kommissionen in den Betrieben

Diese Aufgabe steht vor der RAB. Nun denken aber viele Kollegen, daß was brauchen wir Arbeiterinnenkommissionen, das ist unnötige Arbeit. Daß dem aber nicht so ist, beweist uns die Praxis. Ist es nicht eine Tatsache, daß trotz der günstigen Situation die Arbeiterinnen noch am schwächsten in unseren Reihen organisiert sind? Beweisen nicht gerade die Wahlen, daß heute noch Hunderttausende Arbeiterinnen sich im Lager des Gegners befinden bzw. von ihm beeinflusst sind?

Die Erfahrungen lehren uns, daß wir mit besonderen Methoden versuchen müssen, die Arbeiterinnen als aktive Kämpfer einzureihen in die revolutionäre Kampffront. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir als RAB. uns das Vertrauen der Arbeiterinnen erwerben, in ständiger Verbindung mit ihnen stehen. Die Arbeiterin muß wissen, in meiner Abteilung ist diese oder jene Kollegin, an die ich mich zu jeder Zeit wenden kann und die mir gern mit Rat und Tat zur Seite steht.

Diese Aufgaben sollen die Arbeiterinnenkommissionen erfüllen und noch mehr: sie sollen ein scharfes Auge und ein gutes Ohr haben für alles, was im Betrieb vorgeht. Ihre Aufgabe ist es, in Verbindung mit den roten Betriebsräten und den Vertrauensleuten der RAB. gegen alle Mißstände, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen Lohnkürzungen usw. im Betrieb die Arbeiterinnen zum Kampf zu mobilisieren. Die Arbeiterinnenkommission muß die Forderungen der Arbeiterinnen ausarbeiten, gemeinsam mit den roten Betriebsräten und der RAB. Sie muß beispielsweise bei Lohnabbau oder Entlassungen verheirateter Frauen, wie sie durch die Reformisten vorgeschlagen werden, sofort eine Betriebsversammlung einberufen und dort konkret zur Lage Stellung nehmen, um gleichzeitig auch die notwendigen Kampfmaßnahmen festzulegen und die entsprechenden Forderungen der Kolleginnen zu unterstützen, damit sie sofort merken, hier ist jemand, der sich für uns einsetzt und dem wir vertrauen können. Die Versammlungen werden im Einverständnis mit der RAB.-Betriebsgruppenleitung und den roten Betriebsräten einberufen.

Jeder Betrieb mit weiblicher Belegschaft wählt eine Arbeiterinnenkommission. In Abteilungsverfammlungen werden die Kolleginnen gewählt, so daß in der Kommission jede Abteilung ihre Vertreterin hat. Die Arbeiterinnenkommission kann je nach Stärke der weiblichen Belegschaft — unter 100 Arbeiterinnen 5, von 100 bis 500 Arbeiterinnen 10 und über 500 Arbeiterinnen 15 bis 20 Mitglieder ernennen. Außerdem entsenden die Arbeiterinnen selbstverständlich auch ihre Vertreterinnen in die Kammerkasselle. **Stütz-**

leitungen usw. Die Kommission muß sich bemühen, immer neue Kräfte zur Arbeit heranzuziehen und auch die Arbeit entsprechend zu verteilen. Eine Kollegin bekommt den Auftrag, Material, Arbeiterinnen-Korrespondenzen aus einer bestimmten Abteilung zu sammeln zur Veröffentlichung in der Presse, eine andere wird Abonnetentinnen für die RAB.-Presse, die dritte wird für die RAB.-Betriebsgruppe oder eine andere kontrolliert ständig die Akkordfälle, die oftmals ohne Wissen der Kolleginnen gekürzt werden, dann Kontrolle der Arbeitszeit, ob Überstunden gemacht werden usw. So kann jeder Kollegin in der Arbeiterinnenkommission eine bestimmte konkrete Arbeit zugeleitet werden.

Mit Hilfe dieser Arbeiterinnenkommissionen als Organe der RAB. wird es uns gelingen, die Arbeiterinnen, entsprechend ihrer wichtigen Rolle, die sie heute im Produktionsprozeß spielen, einzureihen in die Kämpfe der Gesamtarbeiterchaft. Dann wird es uns auch möglich sein, sie mehr und mehr organisatorisch zu erfassen, um aus ihren Reihen auch Funktionäre für die RAB. zu erzielen.

Zum Reichstagskongreß werttätiger Frauen, der im November in Berlin stattfindet, gilt es, in den von den RAB.-Funktionären und den schon bestehenden Arbeiterinnenkommissionen einberufenen Versammlungen Delegierte zu wählen.

Gleiwitz

Die Empörung wächst!

A. R. Gleiwitz, Lokwerk. Vor der Reichstagswahl wurde von der gesamten bürgerlichen Presse das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn ganz besonders erwähnt. Dasselbe hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, als ein großer Bluff erwiesen. Die bürgerliche Presse vom 30. September d. J. brachte eine Meldung, wonach für das Vierteljahr Oktober bis Dezember 1930 gleichfalls fünf Feiertagen zu verfahren sind. Die Erbitterung darüber war so groß, daß von vielen Seiten eine Belegschaftsversammlung verlangt wurde, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Diese Belegschaftsversammlung wurde nun am Donnerstag, dem 2. Oktober, während der Frühstückspause abgehalten. In dieser wurde zu all den Fragen Stellung genommen. Hierbei wurde auch folgende Entschlieung einstimmig angenommen:

Gleiwitz, den 2. Oktober 1930.
An die Reichsbahnhauptverwaltung Berlin.
Die Belegschaft der RAB. 2 (Lohwerk) nahm in der am 2. Oktober d. J. stattgefundenen Belegschaftsversammlung Stellung zu

Die bevorzugten **Rüdiger - Gaststätten** bieten jedem das Beste!

Albert Matzke, Fischmarkt 2/3

Berliner Straße 32 - Brüderstraße 1

1411

1091

Lederlager für Sattler und Schuhmacher

Görlitzer Bürgerbräu
1408
in Qualität unübertroffen!

Ihre Einkäufe

Gut und billig nur im

KAUFHAUS ZUM STRAUSS
RUDOLPH MABSTADT A. G. GÖRLITZ

1410

Elektro-Montage-Gesellschaft m. b. H., Berliner Str. 26
1516
Preiswert: Radio, Beleuchtungskörper, Elektrische Anlagen

Landeskron-Drogerie, Max Eckart, Landeskronstr. 20
608
Lack- und Farbenfachmann

Wäschehaus HERMANN JUNGE, Marienplatz Nr. 6
gegenüber dem Dicken Turm
Bettwäsche / Tischwäsche / Leibwäsche / Trikotagen / Wollwaren
Kleider- und Wäschestoffe / Gardinen
1206

Landsteon-Bier
IMMEREINGENUSS

1292

Die besten Röstkaltees
sowie alle Kolonialwaren, Weine, Liköre, Zigarren u. Zigaretten, kaufen Sie in nur ersten Qualitäten preiswert und am vor- teilhaftesten bei
6 Prozent in Marken
Alfred Klingenberg
Komm.-Ges.
Berliner Str., Ecke Hospitalstr.
Elisabethstraße, Ecke Klosterstr.
1237

Theodor Wagner, Drogenhandlung
1824
Weberstraße, Ecke Beckerstraße

Eduard Bischoff, Elisabethstraße 14/15
1929
Uhren, Gold- u. Silberwaren - Reparaturwerkstatt

Elisabeth-Drogerie L. Heinemann
1851
Elisabethstraße 1a, neben Knolle

P. HERZMANN
Weiß-, Brot- und Feinbäckerei
Bautzener Straße 51
1512

Backschlichterei
GUSTAV LANGE
Schwarzenstraße 1
1402

FELSENKELLER
Sonnenstraße 5
Verkehrsbüro der Arbeiterschaft
1605

Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner
1748

Sanitäts- und Bandagengeschäft
J. ERHARDT
Hospitalstraße 43
Liefert sämtlicher Berufs- und Krankenkassen
1414

Reserviert

DESTILLATION / WEINHANDLUNG
F. USEMANN
10 Weberstraße 10
1289

Max Benthin Görlitz, Jakobstr. 33
Bandagen
Celbblinden / Gummistümpfe / Fußeinlagen
Lieferant aller Krankenkassen und Genossenschaften 1406

Bruno Schulze, Untermarkt 3
1401
Wäsche, Weiß- u. Wollwaren / Herren-Artikel

Rofenthal & Groß Ausschank:
Berliner Straße Nr. 15
(Felix Prilitzer)
Peterstraße Nr. 4
Großdesillation und Weinhandlung

Sanitätshaus
„Frauenheil“
1633
Berliner Straße Nr. 51

Fritz Lange
1409
Roßfleischerei
Nonnenstraße Nr. 5

Damen-Frisier-Salon K. GRIEGER
Brüderstraße 16
1514

SAMEREIEN
Alfred Frenzel Nachf.
Elisabethstraße 17
1517

Kommen Sie in die
Reichs-Apotheke, Moltkestraße 9
Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen
Versich. aller Krankenkassen erhalten
weitgehendstes Entgegenkommen!
1678

Spezial-Betten-Inlettgeschäft
B. SCHOLZ, Krischelstr. 8
Ruf 3331
Moderne Bettenreinigung
1518

E. Buder
Kolonialwaren
Lebensmittel
Rothenburger Str. 11
1916

Hüte, Mützen, Pelze
preiswert, reell
Felix Hense
Große Kirchstraße 16
171

Butter, Eier, Käse
Heinrich Scholz
Hospitalstraße 4
2084

Eduard Temler
Sanitäts-Gummi-
waren-Geschäft
nebr. 1803
Damenbedienung
Brüderstraße 6
2008
Reserviert

G. Sieras
Nikolaistr. 11
Prager Str. 3
Molkerei-Produkte
Lebensmittel
1291

L. Klimm
Bautzener Str. 41
Lebensmittel
1518

E. Stöcker
Bautzener Str. 10
Fleisch-
und Wurstwaren
1511

Spezialgeschäft für
Fleisch- und
Räucherwaren
P. STACHE
Landeskronstraße 15
1579

Max Endemann
Landeskronstr. 23
Fleisch
und Wurstwaren
1607

Fr. Kujau
Görlitz
Konsulstraße 35
Fleisch-
u. Wurstwaren
1679

W. Nitsche
Görlitz
Emmerichstr. 65
ff. Fleisch
u. Wurstwaren
1681

R. Kalus
Brot- und
Feinbäckerei
Kröhlstraße 22
1522

Salon Ellger
Bogsstraße 22
1619

Alfred Möhle
Konsulstraße
Feine Fleisch-
und Wurstwaren
1515

6% in blauen Marken
auf Briketts u. Steinkohlen
bei
Maisenbacher
Judenring 1b
1288

Aug. Seidel
Bautzener Straße
Brunnenstraße
Wäsche, Wollwaren
Kleider, Schürzen
1616

RESERVIERT

1413

RESERVIERT

1922

Landakronen - Brauerei - Ausschank
Inh.: F. Nopper
1923

WASCHE-FRENZEL
Schulstraße 7 (an der Berliner Straße)
1926

Lebensmittelhaus GRUBER
Bautzener Straße 57
1928

Kauft Fahrräder u. Ersatzteile nur bei
THEODOR DURSEL, Obermarkt 1-2
1683

Willst du dich gut und billig nähren,
Muß du fleißig Milch verzehren!

Görlitzer Molkerei / Molkerei Sohrneundorf / Molkerei Schlauroth
Molkerei Schönau A.-G. / Molkerei Weißbach

1415

Grünberg
E. HERRMANN
Leinen- und Baumwollwaren
Bettfedern, Bettfedernreinigung
Berliner Straße 57
1694

MÖBEL
kauft ihr preiswert bei
OTTO SCHULZ, Burgstr. 17
1477

PAUL GÖTZE Tel. 88
Weine, Spirituosen, Tabakwaren
Wein- und Bierstuben
1470

R. PHILIPP
Wäsche u. Trikotagen, Holzmarktstr. 26
1471

F. GRAU
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleiderstoffe preiswert und gut
1473

AD. WUNDERLICH
Spielzeug aller Art / Eisen- und
Küchengeräte / Geschirrkunst
RING 24
1472

Willi Mühle
Bäckerei
Café und Konditorei
Breite Straße 49
1602

Brat- u. Feinbäckerei
Gustav Helbig
Breslauer Straße 10c
1503

Fritz Baumgart
Kolonialwaren
Berliner Straße 1
Telephon 737
1597

Herbert Schellenberg
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 10c
1503

Reinhard Jaekel
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 25 d
1599

Wurtl- und Fleischwaren
Frühstücksbrot
Wilhelm Heptner
Niederstraße 10-11
1600

Otto Fiedler
Niederstraße 17
Brot, Wollwaren, Putzwaren
billigste Bezugsquelle
1595

**Lebensmittel-
Geschäft**
E. Nitschke
Breite Straße 14
1596

August Litzke
Beste Bezugsquelle
in Trauben-
und Beerensäften
Spirituosen aller Art
Ruf 407
Verwand nach allen Orten
1594

Lederhandlung
Otto Pockrandt
Holzmarktstraße 12
Sittlich frischer
Leder-Ausschnitt
Schuhleder-Artikel
1605

Biochemie
Diätetik
Richard Mattern
Lessener Str. 48
1574

Kolonialwaren
Spirituosen
Tabakwaren
Joseph Andorff
Berliner Str. 83
1676

**Grünberger Spedition-
gesellschaft m. b. H.** Tel. 272
Spedition / Möbeltransport / Kohlen
1909

„Rein geschmackvolle Traubenweine, Jace und
in Flaschen, zu bekanntem billigen Preise“
ALBERT PIRKE
1976
Obstweinkellerei und Weinhandlung
Burgstraße 3 / Versand nach allen Orten

W. ZILLMER
Poco Nachf., Niederstraße 28
sehr gut, frisch,
weicht, plüschert alles
1972

GUSTAV STAUB
Beste Bezugsquelle
für
Woll-, Weiß- und Manufakturwaren
Berufskleidung
1592

AUG. CÖRNTH, Breite Straße 1
Seit 28 Jahren bekannt als reell
und billig
1598

Fraustadt
GEORG APT
Fruchtsaftpresserei, Likörfabrik
Wein- und Zigarrenhandlung
FRAUSTADT / MARKT 17
Telephon 66
1920

Preiswert und gut
kauft ihr
Möbel, Teppiche
Kinderwagen bei
Max Spingarn
Zweieimerstr. 3
1819
Reserviert

Penzig
S. FRANKENSTEIN & CO.
Wollwaren, Wäsche
Trikotagen, Herrenartikel
1524

Emil Berndt Ww.
Häute, Mützen / Damenkleider und -artikel
1692

P. GNEUSS / Lebensmittel
Andreasstraße 2
1683

Feinbäckerei
empfiehlt
Reinhard Holinski
Holzmarktstr. 27
1601

Arbeitskleidung
Jacken, Hosen, Mantel
Georg Müller
Fleischerstraße Nr. 1
1682

**Trinkt Grünberger
Bergschloß - Biere**
1589

ELTWI
Installationen, Apparate
Beleuchtungskörper, Niederstr. 12
1590

Modehaus Guffeld
Breite Straße 3
Ist ihre beste Einkaufsquelle
1678

Stadtparkasse Grünberg i. Schl.
1591
mit Bankabteilung
**Inserate in unserer Zeitung
haben guten Erfolg!**